

Kammerer Zeitung

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Werbefläche
je 10 Zeilen bei 1000 Eindrücken 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe
unserer Anzeigenbedingungen. Verlag der Kammerer
Zeitung G. m. b. H. für die Redaktion verantwortlich
H. Schönbach, Kamen.

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfallversicherung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Geldsumme
täglich. Monatlicher Beitragssatz 4.00 Mk. durch die Post
bezogen. Versicherungsschein. Falls man in der Sommerpause
oder während der Zeit der Abwesenheit aus dem Hause
seinem Anspruch auf Versicherung oder Nachversicherung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Beitrags.

Nr. 136

Montag, den 14. Juni 1920

48. Jahrgang

Die Frage der Regierungs- bildung.

Reichskanzler Müller hatte am Sonn-
abend den ihm zuteil gewordenen Auftrag
zur Kabinettsbildung zurückgege-
ben. Präsident Ebert hat darauf den Vor-
sitzenden der Deutschen Volkspartei
Abg. Dr. Heinze zu sich und trug ihm,
nach einer gestern stattgefundenen Unterredung,
die Bildung des neuen Kabinetts an. Dr. Heinze
übernahm den Auftrag zwar, mußte
ihn aber ebenfalls schon einige Stunden
später wieder dem Reichspräsidenten zurück-
geben. Bestimmend hierfür war die

Ablehnung der Sozialdemokraten, mit der Volkspartei zusammen zu arbeiten.

Im Verlaufe des ihm vom Reichspräsidenten
erteilten Auftrages zur Kabinettsbildung hatte
Abgeordneter Dr. Heinze die Vertreter der
Sozialdemokratischen Partei zu sich gebeten. In
Begleitung des Dr. Heinze erschien Herr von
Kardorff. Die Sozialdemokraten waren ver-
treten durch den Reichskanzler Müller und
den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Frak-
tion der Nationalversammlung Abg. Auf die
Frage des Abg. Heinze nach der Stellung der
sozialdemokratischen Partei erklärte der Abg.
Abg., daß es sein e. Partei aus inneren
und außenpolitischen Gründen entsprechend dem ge-
schäftlichen Entschluß der Parteikonferenz nicht
möglich sei, an eine geordnete Zusam-
menarbeit mit der Deutschen
Volkspartei zu glauben, wobei aus-
drücklich hervorgehoben wurde, daß irgendwelche
Verständigungen aus dem Wahlkampf in keiner
Weise missprechen dürfen oder missprechen.
Daraufhin hat der Abg. Dr. Heinze den Auf-
trag zur Kabinettsbildung in die Hände des
Reichspräsidenten zurückgelegt.

In der gemeinsamen Sitzung des
Parteiorgans und der Reichs-
tagsfraktion der Mehrheitssozia-
listen kam, wie zu der ablehnenden Haltung
gegenüber der Volkspartei noch gemeldet wird,
einstimmig die Überzeugung zum Ausdruck, daß
für die Partei die Beteiligung an einer
Regierung, die Elemente der Rechts-
parteien enthalte, ausgeschlossen
sei. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt
hätten, sich an einer Regierung zu beteiligen,
die den Schutz der Republik und der revolutionä-
ren Errungenschaften der Arbeiter, Ange-
stellten und Beamten übernehme, hätten sie die
Verantwortung für eine Situation zu tragen,
in der nur die Bildung einer rein
bürgerlichen Regierung möglich sei.

Ratungen der Parteien.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei trat gestern nachmittag 4 Uhr
im Reichstag zusammen. Gleichzeitig tagte die
Deutschnationale Fraktion. Das
Zentrum berät am Dienstag vormittag, die
Demokraten werden am Mittwoch tagen. Wie
einige Blätter sahen, wollen die Demokra-
ten erst die Stellungnahme des Zentrums ab-
warten.

In einem rechtsstehenden Blatte wird es
als bemerkenswert hervorgehoben, daß die Re-
gierung der Sozialdemokratie, mit
der Deutschen Volkspartei zusammenarbeiten,
von vornherein eine Einbeziehung der
Deutschen Volkspartei in die Koali-
tion grundsätzlich ablehne. Da-
mit sei die Bemühung des Zentrums, die Koali-
tion durch eine Erweiterung nach rechts von
neuem auf die Basis einer tragfähigen Mehr-
heit zu stellen, gegenstandslos geworden.

Wenn in der sozialdemokratischen Presse
gesagt worden ist, Parteien wie die Deutsch-
Nationale wollten Deutschland gegen die Ar-
beiter regieren, so bemerkt die Deutsche
Zagzeitung, die Deutsch-Nationale
Partei wisse nur, daß Deutschland
garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert wer-
den könne, sie würde garnicht gegen die Ar-
beiter regieren wollen, schon weil sie wisse,
daß die willige Mitarbeit der Arbeiterschaft
nötig sei, um die deutsche Wirtschaft wieder in
Gang zu bringen.

Ein Wirtschaftskabinetts aus Arbeitern, Bauern und Fachleuten.

Immer wieder taucht, besonders bevorzugt von
der Deutschen Volkspartei der Gedanke an die
Bildung eines möglichst unabh. Wirtschafts-
kabinetts auf. Die einzelnen Ministerien sollen
von Fachleuten, das Außenministerium von
einem Diplomaten, das Wehrministerium von

einem Militär geleitet werden. Eine tüchtige
Persönlichkeit als Reichskanzler soll sich aus
führenden Köpfen der Arbeiterbewegung, der
Landwirtschaft, des Handels und der Industrie,
der Beamtenwelt und der Intelligenz aus den
parlamentarischen Kreisen herausfinden. Ein solches
Kabinettsbild, gerade heute bei engstirniger Par-
teipolitik unmöglich. Generaldirektor Dr.
Björler, einer der Führer der Deutschen Volks-
partei, sagt über diesen Vorschlag: „Ein solches
Ministerium wäre eine Weisheit im Paradies
finden. Diese Weisheiten können wechseln, ob-
wohl bei den parlamentarischen Vorschlägen für den
Wiederaufbau ein fachlicher Zwang vorliegt, dem
sich keine Partei ungefragt entziehen darf. Ein
solcher von einer festen Koalition freier
Ministerpräsident wäre endlich wieder in der
Lage, zu führen. Da Wunden auch Oppositions-
parteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und
zustimmen. Die Opposition wäre nicht mehr,
wie bisher, in einem dauernden Gegensatz hinein-
gezogen, und dem Volke wäre ge-
hoffen! Jedermann weiß, was die Arbeiter-
schaft, wir brauchen die Landwirtschaft, wir
brauchen die Intelligenz der Industrie,
Handel, Gewerbe und Beamtenschaft. Also macht
ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und
Fachmännern, ein Ministerium des Wiederauf-
baus! Das wird das Volk begreifen und gut-
heißen.“

Die Folgen der ententistischen Gewalt- politik.

Die englische Presse gibt fast allgemein den
Ansicht Ausdruck, daß die deutschen Wahlen
und die dadurch entstandene Krise auf die
rücksichtslose Clemenceau'sche Aus-
politik der Entente zurückzuführen
sind. So schreibt die „Westminster Ga-
zette“ unter der bemerkenswerten Überschrift:
Die Verantwortung der Entente: „Die deutsche
Regierung war bei den Wahlen in keiner be-
sonneneren Lage. Sie hatte die unmögliche
Aufgabe, das eigene Volk und die bisherigen
Gegner zufriedenzustellen. Die Aufgabe ist durch
die Härte der Politik der Alliierten noch er-
schwert. Die feindlichen Nationen hatten nichts
von der Weltflucht, die sogar
Bismarck gezeigt hat, da sie die feind-
liche Regierung nach der Niederlage nicht stützte.
Sie haben Herrn Ebert und Herrn Müller
nicht die Möglichkeit gegeben, mit irgendeinem
kleinen Erfolg vor die Wähler zu treten. Sie
haben sich bisher einer Reaktion aus der un-
möglichen Bestimmungen des Friedensvertrags
widerlegt. Inzwischen haben die reaktionären
Parteien die Regierung nicht nur für die von
ihnen begangenen Fehler, sondern auch für die
eigenen Verbrechen und Tölpelheiten verantwor-
lich gemacht. Während die Arbeiter-
schaft des herrschenden Gloriums und der Spie-
gelschönheit der Lage mehr und mehr ver-
schmäht wurde, in einer gewaltigen Unmuthung
das Rettungsmittel zu sehen. Deutschland muß
die Folgen der Fehler tragen. Keine Macht
auf Seiten der Alliierten kann ihm die Last
abnehmen. Aber es ist ein Unterchied, ob
die Last erträglich oder ob sie unerträglich ge-
macht wird. Die Alliierten müssen jetzt über-
legen, ob sie nicht selbst eine sehr ernste Ver-
antwortung für die gefährliche Verwirrung tra-
gen, die sich aus dem Wahlausfall für die
deutsche Politik ergibt. Diese Verwirrung ist
eine Gefahr für die ganze Welt. Wir haben
die Pflicht, sie zu verhindern, falls es möglich
ist. Mit einer ernsten, folgerichtigen und kon-
stanten Politik kann noch etwas getan werden,
um einer gefährlichen deutschen Regierung die
Notwendigkeit zu geben.“

Wie die Schweiz unsere neue Lage beurteilt.

Die deutschfreundlichen Schweizer Blätter
machen aus ihrer Befriedigung über den Aus-
gang des Wahlkampfes in Deutschland einen
Grund genommen, ist kein Geheimnis. Man
sah sich aber darauf hingewiesen, daß die
reinliche Echeidung zwischen links und rechts
noch nicht ganz vollzogen ist und schließlich
ohne neue Kämpfe vollzogen werden kann. „Eine
gewisse Mäßigkeit liegt vor“, schreibt das
„Berne Tagblatt“, daß bei einem bürgerlichen
Siege die Mäßen der Arbeiter in den Industrie-
bezirken und den großen Städten zum Mittel
einer zweiten Revolution greifen könnten. Dann
würde es zum Bürgerkrieg kommen, den diese
Deutsche als den notwendigen Schluß des großen
Krieges erwarten. Eine bürgerliche Mehrheit
würde in diesem Falle alles hinter sich haben,
was eine Herrschaft des Volkswillens ver-
schleht, und dann dürfte ihr ein endgültiger
Siege gewiß sein. Man mag die Dinge betrach-
ten wie man will, so ist es klar, daß die
nächsten Tage für das Deutsche Reich schwere
Schicksalsfrage sein werden. Entweder kommt das
Volk zur Ruhe unter einer festen Hand, oder
es reißt sich in inneren Kämpfen endgültig auf.

Das 200 000 Mann-Heer wieder abgelehnt.

Nach einer Züricher Mitteilung soll der Oberste Rat
beschließen, das Erheben Deutschlands an Er-
höhung seiner Armee auf 200 000 Mann
widerum abzulehnen, dagegen eine Reduzierung der
deutschen Polizeitruppe gefahren. Wie die Deutsche
gemeine Zeitung hervorhebt, ist deutschseits lebhaft davon

gebelen worden, das Heer in seinem jetzigen Bestande über
den 10. Juli hinaus erhalten zu dürfen. Die Bitte dürfte
mit der Zeit der Wahlen und den Aufständen, die sie
im Gefolge haben, begründet sein. Das Blatt erzählt, daß
eine Antwort des Obersten Rates auf diese Bitte noch
nicht ergangen sei. Die Heeresstärke sollte einen
der wichtigsten Verhandlungspunkte der
Konferenz in Spa bilden. Es sei nun abzuwarten,
ob die Konferenz verheißt und für welchen neuen Zeit-
punkt dann abgemacht werden wird.

Schneldige französische Attacke auf Gymnasien.

In Genes passierten mehrere Entente-
daten, laut „Oberkaiserlichen Wochenschrift“, den
Zurückgang am staatlichen Gymnasium. Einige
Gymnasien unterstellten sich lächelnd über
die auffällige Uniform der kaiserlichen Soldaten.
Darauf überbrachten Franzosen den Raum
des Turnplatzes und stachen mit Seiten-
gewehren auf die hilflosen Schüler ein.
Ein Olympianer und zwei Schutzbanner
wurden schwer verletzt. Ein Olympianer er-
hielt einen lebensgefährlichen Bauchstich und
kammt nach den Umständen der Verletzung kaum
mit dem Leben davon. Die Verwundeten wurden
in französischer Krankentruppen nach dem städti-
schen Krankenhaus gebracht. Die Erregung der
Bevölkerung ist ungeheuer.

Man hat die große Nation zu dieser
neuesten Fehde auf dem Gebiete des Kinder-
überalls bezogen. Woher nur. Es ist doch
daß die erwachsenen Deutschen noch immer
rechtlich gefährlich erscheinen, ist es ja vom
Standpunkt der Franzosen aus ganz zweifel-
los. Die gefährlichen Vereintwärtiger der
französischen Glorie schon im Antikolonialismus
in schäblich zu machen. Diesmal scheinen
weisse Franzosen die Helven zu sein, sie haben
also von ihren farbigen Volksgenossen gelernt;
bei der natürlichen schäblichen Veranlagung des
französischen Volkes zweifeln wir nicht, daß
sie auch auf diesem Gebiete bald ihre Ueber-
legenheit über die Schwarzen beweisen werden.

Gewaltakte in Schleswig.

In Verbindung mit dem Streik in der ersten Zone
wegen der Kronenwährung finden seitliche Ausschreitungen
von Deutschen statt, so besonders aus Nord- und
Sonderburg. Die reichsdeutschen Arbeiter werden teil-
weise unter den brutalsten Maßnahmen ausgesetzt. Von
den Sonderburger Deutschen, die dieses Los erleiden, wurden
sehr viele verletzt. Die nach Sonderburg Trans-
portierten wurden später auch aus der zweiten Zone aus-
gewiesen. Sogar die Familienangehörigen wurden dabeihin
geschleppt. Ihnen wurde angedroht, daß sie bis Sonntag
bis Vernehmung der Angeklagten abgeführt werden. Weiter
wurde gemeldet, daß sich die Generalstaatsanwaltschaft in der ersten
Zone auf die Vernehmung der Angeklagten vorbereite. Die Inter-
nationale Kommission wird am 17. d. M. in der ersten
Zone ankommen. Ihre Familienangehörigen werden die Ver-
sicherung des Lebens durch die Polizei erhalten. Am 14. d. M. ist die Vernehmung
beendet. Die Vernehmung der Angeklagten wird am 15. d. M. in der ersten
Zone ankommen. Ihre Familienangehörigen werden die Ver-
sicherung des Lebens durch die Polizei erhalten. Am 14. d. M. ist die Vernehmung
beendet. Die Vernehmung der Angeklagten wird am 15. d. M. in der ersten
Zone ankommen. Ihre Familienangehörigen werden die Ver-
sicherung des Lebens durch die Polizei erhalten.

Ein Wendepunkt in Italiens Politik.

Der Aufstieg des Königs von Italien an Giolitti, ein
Ministerium zu bilden, scheint für Italien eine endgültige
Wende von der Reichsregierung. Giolitti war eine
der Hauptstützen des Reiches und während ein scharfer
Gegner des Krieges mit Deutschland, er ist während des
Krieges auf das heftigste verurteilt und hat sich zum öffent-
lichen Feind der Reichsregierung gemacht. Nach dem deutschen
Leben vollständig zurück. Nichts kann deutlicher den
Stimmungswandel in Italien charakterisieren, daß jetzt
schon, knapp 1 1/2 Jahre nach dem Ende des Krieges, dieser
Mann, belächelt wird der heftigste lebende Politiker des
Landes, fast vom ganzen Lande als der einzig gegebene
Führer angesehen wird. Charakteristisch für die Stimmung
beider Länder ist die umwälzende, fast feindselige An-
sicht der Giolitti Kandidatur in der französischen Presse. Man
meint, daß die „Giolitti“-Kandidatur die Verfechtung
in Europa zu finden, ist ein Grund mehr, daß man
wünschen, überhört nicht hingehen.
Interessant für uns Deutsche ist fernerhin, daß in
folgenden römischen Kreisen die Ansicht vorherrscht, daß
es bedauerlich ist, daß gerade jetzt der deutsche Vor-
schlagsentwurf in Rom ankommt. Gerade jetzt könnte ein
ausgezeichneter und erfahrener Diplomat auf diesem Felde
für Deutschland von großer Wichtigkeit sein und viel Gutes
für das Verhältnis Italiens zu Deutschland tun.

Revision des türkischen Friedens?

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily
Telegraph schreibt, daß in politischen Kreisen
eine gründliche Revision des türkischen
Friedensvertrages als unmittelbar bevorstehend
angenommen werde, und zwar in einem für die
Türkei günstigen Sinne. Diese Frage
bildet den Gegenstand wichtiger Besprechungen
zwischen den Mächten.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ schreibt
über die Lage in der Türkei, daß Großvezier Sait Pascha
dem Sultan seine Demission angeboten habe, die dieser ge-
nehmigte. Der Großvezier sollte diesen Entschluß infolge
eines Telegramms von Enver Pascha, dem Vizepräsidenten der
türkischen Friedenskommission in Versailles, nach dieser er-
hielt, daß Sultan Enver bedeutet habe, die gegenwärtige
Regierung in der Türkei repräsentiere in keiner Weise das
türkische Volk, und es sei notwendig, die Mächte der tür-
kischen Nationalität in Erwägung zu ziehen. Die tür-
kischen Nationalisten haben an, daß die Franzosen Roma
geräumt hätten und sich aus Mesopotamien zurückziehen
würden. Die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages
sind dem türkischen Nationalismus entgegen, daß die
Franzosen ganz Anatolien bis zur Linie von Alexandrette
räumen müssen, während Syrien den Franzosen verbleiben

solle. Kemal Pascha stellte mehrere vier Jahrgänge in den
Dienst der Armee und vermehrte seine Streitkräfte um
100 000 Mann. Er richtete auch Flugzeugschulen ein.
Gegenwärtig halten die nationalistischen Truppen sich wegen
des Ramadan-Festes ruhig. Das revolutionäre Komitee von
Istanbul meldet, daß Karagach den Griechen wieder ent-
zogen wurde. Die alliierten Truppen wollen das Gebiet
von Salom vollständig räumen. Der Vertreter der Ber-
einigten Staaten in dieser Gegend forderte, daß die
Alliierten die Räumung bis zum 1. August beschließen möch-
ten, aber es ist anzunehmen, daß die rasche Räumung
des Kaukasus durch die Alliierten im nächsten Monat voll-
zogen sein wird.

Der Aufstand in Albanien.

(W) Der Epoca wird aus Balona gemeldet:
In der Nacht vom 7. Juni griffen die Rebellen
die Stadt an, wobei sie einige der Italiener
am 6. d. abgenommene Gefährte und Maschinen-
gewehre gebrauchten. Sie näherten sich auf 800
Meter der Stadt, wurden aber durch einen Ge-
genangriff zurückgeschlagen und ließen 200 Tote
und einige Batterien zurück. Etwa 1000 mufo-
manische Albanesen wurden verhaftet, das mufo-
manische Viertel geräumt.

Erordnung Gjad Paschas.

(W) Sonntag mittag kurz nach 1 Uhr gab ein
25-jähriger Albanese namens Gjad Pascha auf
Gjad Pascha, ehemaliger Gouverneur von Al-
banien und jetziger Vorsitzender der albanischen
Delegation in Paris in dem Augenblicke, als
Gjad Pascha das Hotel Continental verließ,
2 Revolverkugeln ab. Gjad Pascha wurde
getötet.

Der Attentäter schoß in dem Augenblicke, als
Gjad Pascha ein Automobil besteigen wollte.
Gjad wurde in die Brust getroffen und sank zu-
sammen. Wenige Minuten später verstarb er.
Der Attentäter wurde verhaftet, er ließ sich
willig abführen. Er erklärte, Gjad Pascha sei
schuld an dem Unglück seines Vaterlandes und er
habe Auftrag, ihn zu töten zu schaffen. Der Attentä-
ter erklärte weiter, er sei Student der Medizin
gogik und habe sich seit Ende Mai in Paris auf-
gehalten.

Bildung von Ausschüssen bei den Finanzämtern.

Der Reichsminister verordnet eine Verordnung über
die Bildung von Ausschüssen bei den Finanz-
ämtern und bei den Verwaltungen. Die Rechte der Finanz-
ämter (Verwaltungsämter) werden zur Bildung der Aus-
schüsse für die Steuern vom Einkommen und vom Ver-
mögen, ausschließlich der Erbschaftsteuer, in Steuerbe-
zügen. In der Regel soll ein solcher Ausschuss aus
4000 und 15 000 Einwohner umfassen. Für jeden Steuer-
bezirk wird ein Steuerzuschuss gebildet, der aus vier
bis acht gewählten Mitgliedern und weiter aus einem
Mitgliedern besteht. Vorsitzender des Ausschusses ist der
Vorsteher des Finanzamtes. Die Mitglieder, für die ein
Vertreter gewählt oder ernannt wird, können mehreren Aus-
schüssen angehören. Die Wahl geschieht durch die Gemein-
deversammlung oder, sofern ein Ausschuss für mehrere Gemein-
den gebildet wird, durch die Vertretung des weiteren Gemein-
denverbandes auf drei Jahre. Die Erneuerung der Mitglieder
des Ausschusses und ihre Vertreter erfolgt ebenfalls auf drei
Jahre durch das Landesfinanzamt. Der Ausschuss wird von
den Verwaltungen der Gemeinden oder mündlich an einen Ort
innerhalb des Ausschussesbezirks berufen. Er hat mit der
aus der Reichsabgabenordnung sich ergebenden Einkünfte
die gleichen Befugnisse, wie sie nach den Vorschriften der
gleichen Ordnung den Finanzämtern zustehen. Er kann ins-
besondere den Steuerpflichtigen zur Auskunft und zu wei-
teren Nachweisungen anhalten und erforderlichenfalls vorführen.
Die Ausschussmitglieder und ihre Vertreter werden zum ersten
Male für die Zeit vom 1. August d. J. bis zum 30.
Juni 1923 gewählt oder ernannt.

Die Lage in der Schuhindustrie.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschafts-
ministerium beriet in seiner Sitzung vom 10.
Juni u. a. über die Maßnahmen, die zur
Vermeidung der Stilllegung von Betrieben ge-
troffen werden könnten. Einen besonderen
Bericht erstattete Staatssekretär Dr. Birsch
über die Lage in der Pirmasenser Schuhindu-
strie, wo bekanntlich sämtliche Schuhfabriken
ihren Betrieb eingestellt haben. Der Staats-
sekretär erkannte die Vertriebslosigkeit als
berechtigt an. Es habe eine derartige Ueber-
produktion stattgefunden, daß an einen Absatz
der Ware nicht zu denken war. Die Arbeits-
losenunterstützung für die etwa 9000 feier-
nden Arbeiter betrage, allein bis 5 1/2 Mil-
liarden Mark im Monat, wozu noch freiwillige
Unterstützungen der Fabrikanten hinzukommen.
Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht
genommen, durch die Schuhnotstandsversorgung
größere Posten Schuhwerk abzunehmen und zu
billigen Preisen an die Gemeinden, Kon-
sumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung
würde unter Mithilfe aller beteiligten An-
stalten auch unter Heranziehung der Mittel
der produktiven Erwerbslosenfürsorge geregelt
werden. Die in Aussicht genommenen Ab-
gabepreise der Fabriken für Herrenschuh-
stücke mit etwa je 120 bis 150 Mark sind
das Paar, bei geringeren Qualitäten wesentlich
billiger, würden eine entsprechend billige Ab-
gabe durch Gemeinden und Konsumvereine er-
möglich. Die Fabrikanten verpflichten sich,
sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Men-
gen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres
Stillstehen der Betriebe zu vermeiden. Ferner
wurde von verschiedenen Seiten Klage
darüber geführt, daß industrielle Betriebe,
die über genügend Rohmaterialien und Kohlen
verfügen, dennoch ihre Betriebe stillgelegt ha-
ben, weil sie ihre überflüssigen Läger unter der
Einwirkung des Preissturzes nicht verkaufen
können.

Tagesereignisse.

(Einrichtung von Wehrkammern.) Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juni wird zur berufsständigen Vertretung der Heeresangehörigen die Bildung einer vorläufigen Heeres- und Marinekammer angeordnet. Die Tätigkeit der beiden Kammern erstreckt sich auf die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Gesetzesentwürfen, die sich auf die Wehrmacht beziehen und die Begutachtung von Wünschen und Anregungen der Wehrmacht. Die Heereskammer besteht aus 69 in gleicher Wahl gewählten Angehörigen der Reichswehr, und zwar 14 Offiziere, 13 Unteroffiziere, 20 Mannschaften, 5 Sanitätsbeamte, 3 Veterinär-Offiziere, 3 Feuerwerksbeamte und zwei Beamte. Die Zusammenfassung der Marinekammer ist entsprechend. Die Wahlen zur Heereskammer werden in der Zeit vom 1. bis 10. Juli stattfinden.

(Das Ergebnis der Polizeiaktion südlich der Ruhr.) Die P. P. R. erfahren von zuständiger Stelle: Die von der Sicherheitspolizei im Unternehmen mit dem Auswärtigen Amt unternommene Polizeiaktion südlich der Ruhr hat zu Resultaten geführt, ohne daß die Ruhe irgendwie gestört wurde. Ueber das Unternehmen, bei dem bisher nirgends ein Schuß gefallen ist, wird in der nächsten Zeit ein ausführlicher Bericht veröffentlicht werden. Hier sei nur das Resultat der Waffeneinkaufsaktion einer Woche wiedergegeben. In der Woche vom 22. bis 29. Mai wurden durch Beschlagnahme und freiwillige Abgabe von der Sicherheitspolizei folgende Waffen eingebracht: 1407 Gewehre, 265 Karabiner, 9 Jagdgewehre, 136 Pistolen und Revolver, 8 Maschinengewehre, 25 Revolverpistolen, 38 leichte und schwere Maschinengewehre, 2 Flammwerfer, 14 000 Schuß Infanteriemunition, 128 Rüstungen, 13 Granaten (7,5), 4 Rüstungen Granaten. Die Waffeneinkaufsaktion hat insgesamt zu sehr guten Ergebnissen geführt.

(Königsberger Allgemeine Zeitung.) Die Königsberger Allgemeine Zeitung schreibt: Wie vom Oberpräsidenten mitgeteilt wird, haben die dauernden Schritte um Schaffung einer ostpreussischen Vertretung in Berlin wegen der Sonderlage der Provinz dazu geführt, daß ein ostpreussischer Vertrauensmann in Berlin, und zwar Bürgermeister Dr. Herbst-Diercke, im Auftrage des Oberpräsidenten für die Vertretung der ostpreussischen Wirtschaftsinteressen in Berlin eintreffte.

(Die weiblichen Reichstagsabgeordneten.) Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im neuen Reichstag ist gegenüber der Nationalversammlung beträchtlich zurückgegangen. Während die Nationalversammlung 33 Frauen zählte, wird der neue Reichstag nur 22 weibliche Abgeordnete zählen, und zwar 2 Deutsche, 2 Volksrepublikaner, 1 Zentrumsmittglied, 3 Demokraten, 8 Reichstagsparteimitglieder, 4 Unabhängige, 1 Kommunistin.

(Eine Antikontinentalurteilung.) Die ganze Welt herübergekommen zu sein. Ueber alle Grenzen hinweg werden mehr oder minder große Regierungshinterzettelungen gemeldet. Nach der Antikontinentalurteilung in Budapest und Christania kurz zuvor. Letzteres hat sich gerade erst in Ordnung gebracht, in Budapest hat sich die Regierung erst durch die Wahlen festigen können in Nordamerika steht die Präsidentenwahl bevor; man sieht, keine kleine Blütenleise.

(Eine französische Gemeinheit.) Die Fabrikanten der Provinz haben die Nachricht, daß bei dem Abzug der Semegaler in dem besetzten rheinischen Gebiet eine große Anzahl deutscher Frauen sich eingefunden hätte, um den schwarzen Blumen anzubieten. Nach Auskunft von zuständigen Stellen beruht diese Nachricht auf freier Erfindung. — Zur Charakterisierung der Niedertracht dieser französischen Verdrängung der deutschen Frauen fehlt uns jedes Wort.

(Ein Entente-Fragebogen für Krassins.) Der ständige Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrates, in dem England, Frankreich, Italien und Belgien vertreten waren, legte die Prüfung der vordereitenden Fragen über die Mittel zur Wiederaufnahme des Handels mit Russland fort und beschloß, Krassins einen Fragebogen zuzustellen, der die wichtigsten in Betracht kommenden Punkte umfaßt. Nach dem Empfang der Antwort Krassins ist der Ausschuss bereit, die erste Zusammenkunft mit Krassins abzuhalten.

Lammern des Schiffsals.

Woman von Jos. Schade-Gabide.

(Nachdruck verboten.)

4. Fortsetzung.

Frau von Brenken sah durch den Jörn ihrer Tochter seltsam verwandelt zu sein. Sie sah in der früheren stillen Mädchenwelt zuhause. — Das war also der Grund, warum Diane sich ohne weiteres damit zufriedengab, daß die übliche Sommerreise so viel später angetreten wurde! Sie warf einen lächelnden Blick auf Herbert, der eben in Diane hineingedrungen war. Das junge Mädchen hörte mit verärgertem Lächeln zu, aber Frau von Brenken war überzeugt, daß sie nicht ein Wort von dem verstand, was er sagte, sondern daß ihre Gedanken ganz wo anders weilten. Nein, darum brauchte sie sich wirklich keine Sorgen zu machen: Diane war klug, klüger als sie selbst. Sie würde ihr Leben schon zimmern, wie es ihr behagte, und wie sie selbst es für ihr Lebenbedürfnis wünschte.

Sie dachte darüber nach, was Steiner von seinem Vermögen und seinen Einkünften erzählt hatte. Dieser Reichtum war der richtige Rahmen, in dem Dianas zarte Schönheit zur rechten Geltung kommen mußte; Steiner war entschieden der geeignete Mann für Diane. Sie würde es schon verstehen, wann zu festlich und gewöhnlich zu machen.

Daß Diane auf ihr Eindringen gemacht hatte, war unverständlich. Wie wäre es auch anders möglich gewesen! Frau von Brenken war ein stolzer, fast bewundernder Blick auf das junge Mädchen, das sich langsam erhob und dem Freunde die Hand reichte.

„Du entscheidest mich wohl für heute, Herbert, ich habe unerträgliche Kopfschmerzen und möchte mich auf mein Zimmer zurückziehen.“

„Aber Diane, mit einem Male? — Du hast

(Der polnische Generalstabbericht.) Nach einer Meldung aus Warschau besagt der polnische Generalstabbericht: Zwischen der Duna und der oberen Weichsel hat die polnische Gegenoffensive in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen. Es ist zu einer Ausgleitung der Front gekommen, so daß die Kämpfe sich jetzt wieder in dem Gebiet abspielen, von dem die hochentwickelte Offensive ihren Ausgangspunkt genommen hatte. In den letzten Kämpfen hat der Feind bedeutende Verluste erlitten. Die 12., 18. und 33. polnische Division wurden vollständig aufgelöst. An der Duna versuchte der Feind Widerstand zu leisten in starken eingemauerten Stellungen, die vom Weltkrieg herstammten. Beim Brückenkopf von Rjewe, senkt sich Dnjepr, haben polnische Abteilungen die dort vereinigten bolschewistischen Streitkräfte auseinandergepresst und eine Anzahl von Gefangenen gemacht, sowie Maschinengewehre und zwei schwere Geschütze erbeutet. Zwischen dem Dnepr und dem Dniepr haben die polnisch-ukrainischen Truppen bedeutende Fortschritte gemacht. Ukrainische Abteilungen haben die Stadt Uman besetzt.

(General Pershing Präsident Wilsons Nachfolger.) Der Schicksalskommandierende der amerikanischen Truppen im Weltkrieg, der sich als Kandidat für den Präsidentenposten der Vereinigten Staaten aufstellen läßt, hat gute Aussicht, Anfang 1921 Wilsons Nachfolger zu werden. Pershing ist populär, und die Bevölkerung ist der Parteipolitik, wie sie Wilson getrieben hat, ziemlich müde. Pershing würde auch selbstbewußter gegen Frankreich und England auftreten, als es Wilson getan hat. Bisher ist nur ein einziger Soldat, General Grant, Präsident der Vereinigten Staaten (1869—1877) gewesen; Grant, der sich im nordamerikanischen Bürgerkrieg ausgezeichnet hatte, erlangte als Präsident eine gerade nicht erfreuliche Verhöhnung durch die arme Korruption, die während seiner Amtszeit wüthete. Mit seiner dicken Kandidatur drang er nicht durch und gab den Beweis, daß man ein tüchtiger Offizier und doch nur ein sehr mäßiger Politiker sein kann. Wie auch Marshall Mac Mahon als Präsident von Frankreich. Heute gibt man freilich in Amerika nicht viel auf die Grant'schen Erinnerungen. Unsere Zeit hat ein Gedächtnis wie ein Sieb.

(Wieder ein großer Bumm.) Das Handelsministerium der Vereinigten Staaten benachrichtigte die deutsche Regierung, daß ein Kredit von 25 Millionen Dollars mit gleichzeitiger Einzahlung vereinbart sei und daß die sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen könne.

(Das Urteil im dritten Seismordprozess.) Im 3. Seismordprozess in München wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Josef Walschauer wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und zur Wiederkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Rottler wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen und wegen Missetaten zum Gefängnis zu 7 Jahren, Buschhaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt Walschauer einen schweren Nervenanfall.

(Merz und Frankensassen.) Der Vertrat des wirtschaftlichen Arbeitgeberbundes nahm gestern und vorgestern in Leipzig Stellung in Sachen des Konfliktes mit den Frankensassen. Der Schiedsspruch über das Honorar wurde angenommen.

(Werkvertrags-Betriebsräte für den Reichs-Steuerdienst.) Im Zwickau-Zugau-Deutscher Kohlengebiet ist ein sehr erheblicher Rückgang der Kohlenförderung zu verzeichnen, der sich auf täglich 4000 Tonnen beläuft. Die Betriebsräte haben mit größter Mehrheit eine Entschleunigung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Abhilfe erfordert und daß es zur Zeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als bis auf weiteres die 8. Arbeitsstunde wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaft einwirken.

(Wichtig für Reisende nach Danzig.) Aus Danzig wird gemeldet: Wie die Passagiere des in Danzig eingetroffenen Lloyd-Dampfers „Graf Goltz“ mitteilen, ist im Reich der Gedacht verheerend, daß man zu der Fahrt nach Danzig neuerdings das englische Visum benötigt. Die Ansicht ist natürlich grundlos. Der den Wasserweg von Ostpreußen nach Danzig-Goppyt benutzt, benötigt nur den gewöhnlichen Reisepaß und das deutsche Visum.

doch bisher nichts davon gesagt“, entgegnete er betrübt.

„Es ist aber so“, entgegnete sie eigenfremd. „Lebe wohl und lasse dich bald wieder einmal sehen.“ Ohne eine Entgegnung abzuwarten, wandte sie sich dem Gange zu.

Die Tage wird ihr geschehen haben; morgen wird sie wohl wiederhergestellt sein“, tröstete Frau von Brenken den jungen Mann in einer gutmütigen Umarmung. „Du wirst schon gehen“, fügte sie hinzu, als sie sah, daß Herbert nach seinem Gute suchte, den er adels auf einen Stuhl gesetzt hatte.

„Ja, ich möchte, ich hätte noch eine dringende Arbeit vor, die ich heute erledigen möchte. Wenn Sie gestatten, werde ich mich morgen nach Dianas Besuch erlauben.“

Er lächelte Frau von Brenkens Hand und suchte den Regierungsrat und Gerda auf, die im Garten lustwanderten, sich hastig von ihnen verabschiedend.

Gerda sah ihm verwundert nach. „Wo ist denn Diane?“ fragte sie, als sie in die Laube zurückkam und die Mutter allein vorfand.

„Diane fühlt sich nicht wohl und hat sich in ihr Zimmer zurückgezogen.“

Ein schmerzender Schmerz durchzuckte das junge Mädchen. Deutlicher hätte Herbert es ja gar nicht zeigen können, wie wenig ihm an ihr lag; sobald Diane fort war, hielt ihn nichts mehr.

Sie zog sich in den hinteren Teil des Gartens zurück. Vor dem Kaminofen ließ sie sich auf einen kleinen Fußschemel nieder und sah den postterlichen Schwingen ihrer weißen Kleider an; dabei sollte langsam eine Träne nach der anderen aus ihren braunen Augen auf das helle Kissen herab, das nun einmal keine nicht trocken bleiben sollte.

Diane stand in ihrem Zimmer am Fenster und starrte mit schmerzlichen, brennenden Augen zu dem Nachbargarten hinüber.

Dun hatte sie im Leben gelernt, den besten Weg auf dieser Welt zu finden, um den den

Rur bei Eisenbahnfahrten durch den polnischen Nordost ist aus dem polnischen Museum zu entnehmen. Die Danziger Weichsel machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine Danziger Eisenbahnfahrt nicht beantragt zu werden braucht. Sie ist nicht nötig.

(Der Not der Zeitungen.) Die ober- und niederbayerischen Provinzialverleger haben folgende Entschleunigung gefaßt, die den zuständigen Stellen zugestellt wird: Die in Rosenheim versammelten Provinzialverleger protestieren auf entschiedenste gegen den unerhöhten Papierwucher. Dieser Wucher, der von den Regierungen zugelassen wird, zwingt die Provinzialverleger, nachdem bereits die Großstadtsblätter in ganz Deutschland zurückgegangen sind, ab 1. Juli den Bezugsspreisen neuerdings zu erhöhen, und zwar um mindestens 20 v. H. Die Papierpreise und die anderen Preisbedingungen sind jedoch so veranlagt, daß es einfach unmöglich ist, alle Verhältnisse genau auf die Bezugsbedingungen abzuwägen. Die Folgen dieser überaus ungünstigen Verhältnisse werden für die Provinzialverleger die denkbar traurigsten sein. Sie erklären, daß, solange die Papierpreise zugelassen werden, eine Zeitungs-Entwicklung oder gar den Preisabbau herbeizuführen.

(Professor Schwenninger 70. Geburtstag.) Der langjährige Arzt und Freund Bismarcks, der oft mit dem Namen des alten Reichskanzlers in einem Atem genannt wurde, wird am 15. Juli 70 Jahre alt. Er ist aus Freilicht in der Oberpfalz gebürtig. Er hatte um 1830 den Grafen Wilhelm Bismarck behandelt und war von diesem seinem Vater empfohlen worden. Bismarck war ein sehr tüchtig angeborener Patient und Schwenninger machte dieselbe Erfahrung. Seiner Energie und der Wirkung der Schwenninger gelang es, Bismarck glückselig zu stimmen, so daß er ihm schließlich auch persönlich nahe trat. Jedenfalls hat er das Verdienst, daß der erste Reichskanzler das hohe Alter von 83 Jahren erreichte. 1884 wurde Schwenninger, der zuerst nach mancherlei Umschweifen, Professor in Berlin und ab 1893 in leitenden ärztlichen Stellen dort tätig. Dann zog er sich ins Privatleben auf das ihm gebührende Schloss Schwenninger bei München zurück. Bismarck hat er bis zu dessen Tode behandelt.

(40 000 Mark für — Zigaretten.) Das Reich der Zigaretten-Bundes beweist, in welcher hochherziger Weise für die Kriegsberechtigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegerverwundeten gearbeitet und gesorgt wird. Besonders in der Zeit, wo Kriegsgeld oft unbeschadet bleiben, ist es wertvoll, zu erfahren, daß der Zigaretten-Bund allein aus — Zigaretten einen Betrag von ungefähr 40 000 Mark sammeln konnte.

(Tollpöhl über „Religion und Moral“.) „Die Versuche, eine Moral mit Umgehungen der Religion zu gründen, sind ähnlich dem, was Kinder tun, die eine Pflanze, die ihnen gefällt, zu zerstören wünschen und deren Wurzel, die ihnen nicht gefällt und unnütz erscheint, abreißen und die Pflanze ohne Wurzel in die Erde stecken.“

(Ein Stadtrat als Margarinehändler.) Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Regensburg in Oberbayern, daß der Stadtrat und Großkaufmann Groß wegen Zurückhaltung von Margarine verurteilt wurde, die von 5 auf 7 Mark getrieben werden sollte, zu 18 000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

(Naphthalin in der Slovakei.) Wie die Prager Wälder melden, wurden in der Slovakei an drei bis vier Stellen mächtige und gefährliche Naphthalinlagerungen angetroffen, die die Republik nach jahrelangen Schätzungen vollständig von der Petroleum- und Naphthalinindustrie von Amerika unabhängig ist. Die Naphthalin ist von hervorragender Güte.

Kleine Nachrichten. Der Ausbruch der Bauern im Landkreis Göttingen, welche die Regierung von Misch verweigerten, ist beigelegt. Die Bauern verpflichteten sich, Misch zu den bisherigen Höchstpreisen weiter zu liefern. Die gegen sie verhängten Strafen von 150 Mk. für jeden Streik wurden zurückgenommen. Die Regierung hat den französischen Schiffsreeder ermächtigt, im Falle eines Seelenverlustes ausländische Schiffs-mannschaften zu verwenden. Der katalanische Abgeordnete Pains, der nach China gereist ist, soll den Posten eines beratenden Generalkonsuls der chinesischen Staatsbahnen erhalten.

Reichtum in ihren Augen einen ganz besonderen Reiz hat. Mit ruhiger Überlegung kritisierte sie bei sich seine äußere Erscheinung und mußte sich gestehen, daß er eine recht gute Figur machte, neben der man sich getrost setzen lassen konnte. — Aber, wenn dem auch nicht so gewesen wäre, das hätte sie nicht von ihrem Vorhaben abbringen können.

Jetzt galt es zu erproben, was ihre vierge-prisene Schönheit wert war, ob es ihr gelingen würde, sich dieses Mannes und damit zugleich seines unermeßlich reichen Besitzes — von dem so viel geredet wurde — zu bemächtigen!

Es mußte ihr gelingen! Eine fast fränkische Schönheit nach Reichtum und Übermaß hatte sie beherrscht, so lange sie selbständig denken konnte, seitdem sie wußte, daß sie selbst ganz arm war und den äußeren, halbwegs repräsentablen Reichtum nur der Stellung ihres Vaters verdankte. Vermögen besaß keiner von ihnen, und wenn der Vater einmal sterben würde, dann...

Sie schloß schaudernd die Augen und sah die Zähne fest aufeinander. Nein, sie wollte dafür sorgen, daß das Ungemach sie nicht treffen konnte, wenn es einmal herüberdauerte. Sie mußte sich vorher in Sicherheit bringen, und das konnte sie nur durch eine reichliche, sehr reiche Bekleidung und dazu war ja jetzt die Gelegenheit gegeben.

Sie reichte ihr schmachtendes Gesicht, in dessen Schattungen ihre Hauptrolle lag, wie sie wohl wußte. Als, das sollte ein Leben werden! Im Glimmer sah sie sich in den hohen, eleganten Räumen, die ein Reichtum durchstrahlte, wie sie es ja so sehr liebte.

Täglich hatte sie die kostbarsten Möbel und Kunstgegenstände dort abladen lassen. Die Einkäufe, die sie von ihrem Zimmer aus übersehen konnte, waren erweitert worden, der Reichtum mußte also der Welt haben, Wagen und Pferde anzufragen!

Wie würde sie sich in die weichen, seidernen Kissen schmeißen! Und natürlich mußte der Wagen hellblau aufgeschlagen werden, um für ihre zarte, blonde Schönheit die rechte Farbe zu bilden. Auch von den Möbeln, die er be-

reits gekauft, würde sie manches austauschen, weil es zu schwer, zu edelstehend für ihre Erscheinung war.

Aber, das würde sich ja alles finden! Ihre eigenen Zimmer würde sie ganz nach ihrem Geschmack in matten, hellen Farben anstrichen, denn natürlich durfte er ihr keinen Wunsch verweigern, dazu würde sie ihn schon erziehen. Ein selbständiges, zuverlässiges Mädchen spielte um ihren Mann. Ihr war es nicht entgangen, wie ihn heute ein Moment die Fassung verließ, als er ihr höflich gegenüberstand. Sie zwinkerte seinen Augenblick, daß ihr Plan gelingen würde.

Selbstverständlich mußte die Sommerreise noch eine Weile verschoben werden, bis sie sich einen größeren Platz in seinem Herzen erworben hatte, dann würde eine kurze Trennung das nötige tun. Später wollte sie sich schon entschließen für das Opfer, das sie ihm jetzt brachte.

Häufig dachte sie an Herbert, und ein beinahe verächtliches Lächeln umspielte ihre Lippen. Der gute Junge sah in Ernst anzu-

Das englische Unterhaus ist in positiver Lösung die Gegenüberstellung angenommen, durch die die auf der Währungs-Internationalen Arbeitskonferenz über die Beschäftigung von Frauen und Kindern gefaßten Beschlüsse zur Anwendung gelangen.

Am 22. Dezember 1917 waren über dem selbständigen Drei-Gesetz-Fliegerbombe abgeworfen worden und hatten eine Anzahl Häuser beschädigt; auch Menschenleben gingen verloren. Die britische Regierung hat dem niederländischen Auswärtigen Amt jetzt mitgeteilt, daß sie die Haft-berechtigung für diese Handlung auf sich nehmen und den Schaden zu ersetzen bereit ist.

War ein Kongress in dem zur Gründung einer Katholischen-Internationalen wurde bekanntgegeben, daß vorläufige Verträge mit den Katholikengruppen in Frankreich, Ungarn, Österreich, Spanien, Polen, der Tschechoslowakei und Deutschland bereits abgeschlossen worden sind.

Der Internationale Baumwollkongress handelte am Donnerstag die Frage der Baumwollversorgung, der Preisfrage und der internationalen Verkehr. In einer Entscheidung wird auf die schweren Gefahren einer ungenügenden Baumwollversorgung für die ganze Welt hingewiesen.

Brasilien Chile und Bolivien ist ein Abkommen unterzeichnet worden, in dem Chile verspricht, Bolivien zu unterstützen in seinem Versuch, einen Hafen an der Küste des Stillen Ozeans zu erhalten.

Nach einer Meldung aus Peking ist Josa Caloen Kergon, früher Rat im chinesischen Staatsdepartement, an Stelle des verstorbenen Dr. Morison zum politischen Berater des Präsidenten von China ernannt worden.

Das Chicagoer „Journal des Debat“ telegraphiert, daß der Kongress der republikanischen Partei sich mit allen gegen eine Stimme dafür ausgesagt, als Grundlage zum Wahlkampf um die amerikanischen Präsidentschaft einen Sonderfrieden mit Deutschland zu wählen.

„Newport Herald“ wird aus London telegraphiert, daß am Montag der Kaiser von Japan zusammenkam, um sich mit dem Reich zwischen Japan und Peking zu besprechen. In dem Reich wurde eine Angelegenheit verhandelt, welche Japan betrifft, gibt es zu erkennen, daß die japanische Regierung Japan vom Bismarck abschneiden werden wird.

Der Oberpräsident von Bayern, Prinzmann, unterbreitete, wie verschiedene Blätter erfahren, in Folge des Ausfalls der Wahlen dem Ministerium sein Rücktrittsgesuch. Dasselbe wurde abgelehnt.

Der Oberpräsident von Preußen wurde nachts in Berlin und Schöppingen die Denkmäler Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrichs von Baden durch Dynamit beschädigt. Erstes wurde vollständig zerstört, letzteres wurde der Größe zerstört.

Aus Boppon und verschiedenen benachbarten Orten wird berichtet, daß ein großer Teil der Ernte durch Heuschrecken vernichtet worden ist.

Die Stadträte von Sonderburg lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen den Antrag, den bürgerlichen Rat zu wählen, von 20 000 Kronen für die Aufschüßung der Stadt anlässlich des Besuches des bayerischen Königs ab.

Unter der Voraussetzung, daß auch Babel, Gensche und Andriette Opfer bringen, ist die nächste Regierung bereit, für ein in Schonen zu errichtendes Gefängnis ein Institut für Lederindustrie jährlich 50 000 Mk. zu schenken und einen einmaligen Beitrag von 600 000 Mk. zu leisten.

Der Frankfurter Zeitung zufolge rechnen die städtischen Krankenkassen in Frankfurt a. M. mit einem Verlustbetrag von 48 Millionen Mark. Besondere Anstalten sollen deshalb geschlossen werden.

Am 1. Juli an wird ein monatlich erscheinendes französisches englisch-französisches Wörterbuch veröffentlicht. Der Hauptteil wird von einem französischen und einem französischen Wörterbuch bezeugt. Der Preis für eine halbe Cent-Franco beträgt 900 französische Franken.

Die aus Tokio gemeldet wird, sind im Hafen von Kobe infolge einer Explosion auf einem Dampfer eine Million Tonnen Petroleum in Brand geraten. 50 Menschen sind dabei umgekommen.

Im württembergischen Landesministerium, der frühere preussische Reichsminister Generalmajor Reinehard, ein geborener Württemberger, ernannt worden.

Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Louis Barthou, hat den Kriegsminister Andreu Berteux wiederum ersucht, am kommenden Dienstag oder Mittwoch dem Kammerausschuss Erklärungen über die Entwaffnung Deutschlands zu geben.

Nach Pariser Meldungen hat der Reichspräsident den König von Belgien gebeten, in dem polnisch-französischen Konflikt in der Datschener Frage als Schiedsrichter aufzutreten.

Zum erstenmal seit 1914 fand beim britischen Königspaar ein feierliches Empfang statt, an dem auch der deutsche Gesandte in London teilnahm.

In London haben sich verhaftet die Franzosen eine Reihe mehr als 2000 Mann aus dem Reich (Spartakus) und gleichzeitig zum internationalen Landstreicherbanden wurde anstelle des Reichshäupters des Reichshauptmanns in Berlin ernannt Generalleutnant von Bergmann Generalmajor Reinhardt, der frühere Chef der Heeresleitung und jetzige Kommandeur der Wehrbrigade Döberitz, ernannt.

Der Anführer Koburg an Bayern soll ebenfalls am 1. Juli vollzogen werden.

Sabotage wird auch Peking gemeldet: Zwischen einem chinesischen Kanonenboot und der japanischen Garnison von Peking ist ein Kampf ausgebrochen, in dem die Chinesen siegen.

Dans meurt au Mexique: Die erste Abteilung der Generalleutnants hat Sonntag vormittag die Reise nach dem Orient angetreten.

Infolge eines Typhusausbruchs in Mandchurien erschienen Sonntagabend keine Zeitungen. Die Bewegung greift auch auf Liverpool über.

Häufig dachte sie an Herbert, und ein beinahe verächtliches Lächeln umspielte ihre Lippen. Der gute Junge sah in Ernst anzu-

nehmen, daß sie ihn um seiner schönen Augen willen die räthselhaft bekannten Jodeln von „ein Herz und eine Seele“ mit ihm aufpassen würde! Nein, warum sollte sie ihn beunruhigen, bevor sie ihrer Sache sicher war! Das Beste würde sein, wenn er erst in Bonn die Nachricht vom ihrer vollzogenen Verlobung bekam. Dadurch ging sie einer Szene aus dem Wege, und er würde sich beruhigt haben, bevor sie sich dann wieder in Dresden sah.

Häufiger waren es ja freilich gewesen, wenn Herbert die Reichsminister seines besten hätte, aber — man kann eben nicht alles Gute in der Welt vereinigen haben, und jeder mußte das, was ihm am begehrenwerthesten erschien; und ihr war Reichtum, ohne den sie nicht existieren konnte, einfach Leben bedürftig.

Die Wahl wurde ihr nicht schwer.

(Fortsetzung folgt.)

hat die fran-
Mahnahmen
fahr der Ent-
So erhalten
mit neun A-
wissen Briefe
Dieser Tage
ordnung und
belohnt, die
nennen, „on-
erzogen hab-
kommen dab-
für Mutter,
haben. Si-
hobler-gene-
in Form ein-
— Ter-
hat die fran-
Mahnahmen
fahr der Ent-
So erhalten
mit neun A-
wissen Briefe
Dieser Tage
ordnung und
belohnt, die
nennen, „on-
erzogen hab-
kommen dab-
für Mutter,
haben. Si-
hobler-gene-
in Form ein-

— (Hilf-
Kohlenberg-
schrieben: Die
Kohlenberg-
gegenüber-
berung kam-
Wirtschaft
und der dan-
Folges als
wägungen h-
Wirtschaft
holz als
gestellt er-
allein

— (Hilf-
Kohlenberg-
schrieben: Die
Kohlenberg-
gegenüber-
berung kam-
Wirtschaft
und der dan-
Folges als
wägungen h-
Wirtschaft
holz als
gestellt er-
allein

— (Zuzug und Unterbringung von Auslandsdeutschen.) Das Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1930 hat in erfreulicher Weise der schwierigen Lage vieler Auslandsdeutscher Regierung getragen, indem es bestimmt, daß Deutsche, die unter den Entwürfungen des Krieges aus dem Aus- und über aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedenschlusses aus dem Reichsgebiet ausweisenden oder einer anderen Bewältigung unterstehenden Landestteile geflüchtet v. er vertrieben worden sind, sowie Deutsche, die zur Erfüllung einer Wehrpflicht aus dem Auslande nach Deutschland zurückgeführt sind und denen jezt von der ausländischen Regierung die Rückkehr nach ihrem Wohnort verboten oder erschwert wird, von den Gemeinden bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen sind. Esagen eine von der Gemeindebehörde im Einzelfalle auf Grund des Gesetzes getroffene Verfügung kann Beschwerde beim Einigungsamt eingelegt werden.

— (Müllerand über die Dreimonatsfrist.)
Ministerpräsident Müllerand hat dem Kammer-
auschuß für auswärtige Angelegenheiten Auf-
schlüsse über die Dreimonatsfrist gegeben, ins-
besondere über den türkischen Handelsvertrag.
Nach dem Temps erklärte der Ministerpräsident,
der Belgisch, die Türkei als nicht die Macht zu
erhalten habe notwendigerweise eine Neuorga-
nisation in Mitleiden erforderlich gemacht. Der
Sultan bleibe in Konstantinopel, aber eine
internationalisierte Kommission habe die Aufgabe,
über die Freiheit der Meeren und über die
Entmilitarisierung der europäischen und afri-
kanischen Küsten zu wachen. Müllerand gab dann
Aufklärung über die Frage von Mosul und über
die Petroleumquellen von Mesopotamien. Nach
dem Temps haben die Vorfürsungen des Ar-
beitspräsidenten die Zustimmung des Ausschusses
gefunden.

— (Alond George über die Aufgabe der christlichen Kirche.) Wie aus London gemeldet wird, sagte Alond George in einer Rede, es sei die Aufgabe der christlichen Kirche, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Verdorbenen möglich und die Bereinigten der Schlechten unmöglich sei. Die große Verwirrung und das große Auseinanderfallen der Meinungen gegen alle fähmen den guten Willen in jedem Lande. Die deutschen Wägen zeigten sich vernünftiger Volk, das in Parteien gespalten wäre, die einen heillosen Kampf gegeneinander führten ohne klare Ziele und ohne daß es eine Stimme gäbe, die alles überdöne. Bis jetzt, sagte er, haben wir eine Katastrophe in dem Lande vertrieben, aber die ganze Welt ist erfüllt und die Kirchen können alle die Menschen vor Katastrophen beschützen, die folgen werden, wenn diese Anarchie sich weiter verbreitet.

— (Eine Kiste Zinn). Der Gelbingsborfer Korrespondent der „Stockholms Tidning“ telegraphiert seinem Vater, Lenin habe in einer Konferenz der Fluchttransportarbeiter von Moskau eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, daß die Lage verzwiefelt sei. Die Arbeiter, sagte er, verhungern, weil die Bauern welche abwärts keine Werkzeuge haben, kein Korn gegen Banknoten abgeben. Da sie die Noten als wertlos betrachten, könne man nichts von ihnen kaufen. Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit fremden Ländern sei deshalb notwendig und müsse möglichst bald durchgeführt werden.

— (Eine sonderbare Angelegenheit.) Im
französischen Senat hat das Mitglied Ducloux
den Kriegsminister eine Anfrage folgenden
Inhalts gerichtet: Am 5. März 1818 hat der
deutsche Kriegesgefangene Otto Hopf
den Landmann Demarest und seine Frau,
deren Haus er arbeitslos, ermordet, in An-
wesenheit ihrer Kinder, von denen das ältere nach
einigen Tagen vor Erregung gestorben ist. Der
Mörder wurde vom Kriegsgericht zum Tode
verurtheilt, zwei Gnadengesuche — wo-
her seien sie gekommen? — seien vom Präsi-
denten abgelehnt worden. Seitdem dürfe sich
der Mörder unbehelligt in einem Gefangen-
lager aufhalten, bis er wohl nach Deutschland
zurückgelassen werde. Man sei erwidert darüber,
daß ein solcher Mensch durch Einsätze ge-
schützt werde, die man nicht kenne. Diese Leute un-
ter diesen im Senat eine große Bewegung hervor.
Der Kriegsminister Andre Creviere an-
wortete, da es schon vier Jahre her sei, daß der
Mann zum Tode verurtheilt wurde, sei es nun
spät, ihn hinzurichten. Warum die Hinrich-
tung nicht früher erfolgt sei, wisse er nicht, aber
ein Gefangener sage ihm, daß der Mann jetzt
eine Umwandlung der Haut erfahren haben
müsse. Abgewandte Einsätze seien in die-
ser Sache nicht ausgemittelt worden. Diese Antwort
des Ministers befriedigte den Fragesteller nicht,
und so soll die Sache in vierzehn Tagen nochmals
in Form einer Interpellation behandelt werden.

— Der Geburtserfolg in Frankreich. —
 Daß die französische Regierung zu verschiedenen
 Maßnahmen veranlaßt, um der drohenden Ge-
 fahr der Entvölkerung entgegenzutreten zu können,
 so erhalten dem „Abend“ zufolge Familien
 mit neun Kindern und darüber hinaus in ge-
 wiffen Familienräumen ansehnliche Geldprämien.
 Dieser Tage hat Präsident Desbanel eine Ver-
 ordnung unterzeichnet, die nicht nur Mütter
 elosch, die eine zahlreiche Kinderchar ihr eigen-
 nennen, sondern ihre Kinder auch mufterba-
 erzozen haben. Drei Arten von Medaillen
 ernehmen haben. Zur Vertheilung: Bronzemedail-
 len für Mütter, die fünf eigene Kinder erzozen
 haben. Si: eine für acht und goldene für zehn
 wohlgeordnete Kinder.

— (Holz aus dem Staat Forsten für den Kohlenbergbau.) Den R. P. M. wird geschrieben: Die unveränderte Fortführung des Kohlenbergbaues ist unter allen Umständen anzugreifen. Nur eine verstärkte Kohlenförderung kann den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft fördern, wie auch der Brennstoffnot, mit der damit verbundenen Verschwendung des Holzes als Brennholz vorbeugen. Diese Überlegungen haben, wie der Preßedienst des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mittelst, den preussischen Landwirtschaftsminister Braun vor kurzem veranlaßt, die Forderungen anzuschärfen, daß ungeachtet aller entgegenstehenden Schwierigkeiten noch in diesem Wirtschaftsjahre 400 000 Hektar zur Zubeholzung aus dem Staatsforsten zur Verfügung gestellt werden. Das Holz ist ausschließlich und klein- und heimischen Verbrauch auszuführen.

— der Berliner Stadtverordneten-
sitzung. Der Oberbürgermeister Wertmuth
hatte die Stadt bei der Lebensmittelkrise

schäft während des Krieges bis zum Juni 1919 einen Umsatz von 4 Milliarden und einen Verlust von 12 Millionen hatte. Stadtverordneter Koch bezog sich die Zuverlässigkeit der Endsumme und erklärte, daß nach dieser Zeit eine Wirtschaft getrieben worden sei. Angelegene Verluste seien auf die Verbraucher abgewälzt worden. Bei der Magistratswahl über die Entlohnung der Magistratskräfte kam es zu einer überaus stürmischen Aussprache und andauernden Kundgebungen der Tribünenbesucher mit Beifall bei ihnen glänzigen und beleidigend und lärmend bei für sie ungünstigen Vorfällen der Redner, so daß Stadtverordneter Kassel einen größeren Schutz gegen diese planmäßigen Aufregungen verlangte.

(g) Warendorf, 12. Juni. Weiterer Zwischenfall. Der Landwirt Sernberg aus Böhlen warke abends, als er mit seinen Perionen vom Acker zurück nach Hause kam, die Wahrnehmung, daß während seiner Abwesenheit Diebe durch die Scharung in das Haus eingedrungen waren und einen Kleiderkasten, in dem sich mehrere Anzüge, Hüte und eine Brieftasche mit Geld befanden, bündig zugeräumt hatten. Er begab sich sofort mit mehreren Perionen auf die Suche, und es gelang ihm, die Diebe in einem Geßel, an der Westkirchener Chaussee zu stellen. Es waren zwei junge Handwerksburschen, die die gestohlenen Sachen bereits unter sich verteilt hatten. Nachdem ihnen die gestohlenen Sachen, die einen Wert von etwa 1500 Mark hat, abgenommen worden waren, wurden die Spürhunden der Polizeibehörde in Warendorf übergeben.

ig) Güter: Aoh, 12. Junl. Cierhändler von
mehr als treiben wieder in der ländlichen
Bevölkerung. In Untere. Sie bieten für das
E bis 1,70 Mark, obwohl im Industriegebiet
Cier in den Bauernhöfen für 1,50 Mark zu
haben sind. Und hier wollen doch auch die
Geschäftsten wie die Bauernhändler ver-
dienen. Wer sich über die erhöhten Preise
beim Einkauf wundern sollte, den diene zur
Aufklärung, daß diese Eier für Köln, aber
nicht für die dortige Bevölkerung, sondern für
die Besatzungstruppen, die Engländer,
bestimmt sind.

* Solingen, 11. Juni. Zur Lage in der bergischen Industrie wird von unterrichteter Seite berichtet, daß die Arbeitsverhältnisse sich, nachdem die Aufträge ausbleiben und schon abgeschlossene Aufträge zum Teil wieder zurückgezogen werden. Dadurch ist eine große Anzahl von Firmen vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Anstehende Gerichte, wonach die Arbeitgeber selbst den Stillstand ihrer Betriebe herbeiführen, annehmen jeder Grundlage. Die größten Betriebe sind gedehnt, die Arbeitszeit zu verkürzen, kleinere müssen vollständig feiern. Auch in den dem bergischen Gebiet anliegenden Bezirken trat eine ähnliche Lage ein. Die Beschäftigungslosigkeit wächst in bedäunghen Betrieben.

In der That, in der die Einbruchsdiebstahl in erheblichem Maße überhand genommen haben, wird ein kürzlich vom Reichsgericht entschiedener Streitfall besonders interessieren, der als eine Warnung an die gegen Einbruch Versicherten angesehen werden kann, die in den Versicherungsbedingungen zur Verhütung von Einbrüchen von verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen streng einklagen. Unterliegt das der Versicherte, so kann er leicht jeden Erfolg einbringen gegen die Versicherungsgesellschaft verweigern; denn nach dem Recht, das die Kassenhaltung der Versicherungsgesellschaften für sich anknüpft auf die Verhütung des Diebstahls, können sie sich gegen die Versicherten nur schwer führen können. Im Streitfalle handelte es sich um folgende:

Am 2. der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1919 ist in Einbruch in den Laden des Kaufmanns W. in der Spanowerstraße zu Berlin eingedrungen worden. Die Diebe haben die Eisenkästen, die sich vor dem Kellerzuger unter dem Erdgeschoss befanden, durchgebrochen und ebenso ein damit beschlossenes Drahtgitter, das so in den Keller ging und von dort eine in den Laden führenden Treppe hinaufgegangen, die mit einer Klempner versplößten war; diese Klapp haben sie geöffnet und dann aus dem Laden etwa 70 000 M. Raumbaum- und ähnliche Waren gestohlen. W. war bei der Versicherungsgesellschaft Allianz gegen Einbruchsdiebstahl versichert. In den Versicherungsbedingungen ist bestimmt, daß die Kasseklappe auf der Treppe gegen ein eiserne Querriegel haben muß. Diese beiden Bedingungen waren nicht erfüllt, nicht ersetzbar. Mit Rücksicht hierauf verweigerte die Allianz die Zahlung der Versicherungssumme, weil sie nach den Versicherungsbedingungen von ihrer Versicherungspflicht frei sei, wenn die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen fehlen.

Bei die von O. erhobene Klage hat das Landgericht Uelzen die Allianz verurtheilt, den Kläger wegen des fraglichen Einbruchs schadlos zu halten. Des Nummerngerichts wegen war anderer Ansicht und hat die Klage abgewiesen. Die Sache ist nun aus: Der Kläger hat zum mind. 600 Thaler groß Sachschaden erlitten, wenn er sich um die Wahrung seiner Vermögensverhältnisse nicht bemüht hätte, indem er nicht die Anbringung der vorgeschriebenen zwei Eisenketten auf der Bedenkeite der Kellertreppe sorgte. Nun heißt allerorts die Versicherung des Versicherungsgegners um Zahlung haben, wenn die Verletzung der dem Versicherten obliegenden Pflichten seinen Einfluß auf den Eintritt des Versicherungsfalles gehabt hat. Der Kläger ist dafür beweislos, er hat aber diesen Beweis nicht erbracht. Die Versicherung des Einbruchdiebstahls ist im gegebenen Falle wenig geklärt, daß die Befestigung nicht getroffen werden konnte, weil der Dieb sich nicht bemerkt hat. Der Kläger ist vorgeschriebenen Sicherung aus dem Vorhandensein der Versicherung sein. Wäre die Sicherung vorhanden, so hätten die Diebe bei der Ausführung der That nicht gewagt, dessen Befestigung eine gewisse Zeit in Anspruch genommen hätte. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß den Dieben, wenn sie mit den üblichen Verhältnissen bekannt waren, das Fehlen der Sicherung an der Kellertreppe aufgesessen war. Sie hätten den Einbruch schon gerade auf den Umlauf aufbauen haben, daß es nicht beim Einbringen in den Keller möglich sei, durch die vorhandenen Ketten der Eingelassen hätte sie umgekehrt verfahren, deren Umlauf zu nehmen, durch die die Kellertreppe zum Einbruch zu versuchen. Es steht daher, ob ihnen beim Vorhandensein der Eisenketten der Zutritt zum Boden zum Keller aus unbemerkt gelingen sein würde. Ein solches steht fest, daß die Diebe über hinreichende Fertigkeiten verfügt haben würden, um die Kellertreppe und die Eisenketten zu durchgehen oder anderweitig zu befestigen. Der betreffende Sachlage läßt sich der Nachweis nicht führen, daß die Diebe bei der Sicherung ohne Einfluß auf die Befestigung des Diebstahls gewesen sind.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und hat den dem Kläger verurtheilten Revision zurückgewiesen. (Mitttheilungen: VII. 462/19. — Urteil des Reichsgerichts vom 20. April 1920.)

Mehr Stickstoff — mehr Brot.

Vor dem Kriege wurden in der deutschen Landwirtschaft verbraucht: 210.000 T. Stickstoff. Die in Deutschland vorhandenen Werke sind nach dem jetzigen Stande ihrer Fertigstellung und nach der heutigen Lage der Kohlerei imstande, aufzunehmen jährlich 310.000 Tonnen zu erzeugen.

Nach vollständiger Fertigstellung der Werke um Gurd-
 an, der Kohlenindustrie auf dem Stand der
 Erträge ab zu die jährliche Erzeugung um insgesamt 620 000
 Tonnen Stacholz zu steigern. Die die drei bekannten
 Autoritäten auf dem Gebiete der Stacholzindustrie, Geheimrat
 Professor Dr. Caro, Geheimrat Professor Dr. Huber und
 Direktor Sohn, als Mitarbeiter in der großen vom Staats-
 sekretariat im preussischen Landwirthschaftsministerium Dr.
 Ramm, herausgegebenen Schrift „Aus Luft durch Kohle zum
 Stacholzfabrikanten — vom Stacholzfabrikanten zu Brot und reich-
 licher Nahrung“ (Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg) aus-
 führen, sind die Mittelwelt vordrängen, um das gesell-
 schaft zu erreichen. Werden diese 620 000 Tonnen Stacholz
 und nicht weniger erzeugt und in der deutschen
 und nicht weniger verbraucht, so werden daraus
 diesen Stacholzfabrikanten 1 000 000 Tonnen Kali und vorläufig
 wenigstens 800 000 Tonnen Phosphorsäure jährlich der
 deutschen Landwirthschaft zur Verfügung stehen, dann kann
 diese so viel Getreide, Fleisch und Fett erzeugen, aber-
 haupt die heimische Erzeugung so weit sichern, daß die
 Ernährung unseres Volkes nieber voll und reichlich ist.
 Die Erreichung dieses hohen Zieles allerdings erfordert, daß
 die jahrelangen unablässigen Bemühungen des preussischen
 Landwirthschaftsministeriums um kolossale Fertigstellung der
 noch im Bau begriffenen Stacholzwerke und die zunehmende
 Erzeugung der Stacholzfabrikanten in Gasse, Kola und
 Schwefelsäure nunmehr endlich zum vernünftigen Ende führen. Denn
 es trifft nur zu sehr zu, wenn Staatssekretär Dr. Ramm
 in dem erwähnten Buche ausführt, „daß unsere Ernährung
 nur dann eine hinreichende und reichliche sein kann, wenn
 eine Quelle, die deutsche Stacholzquelle nämlich, so reichlich
 als möglich fließt.“

wiegen von der Handstarr meist ach- und nutzlos betrie-
ben zu werden, bis Solzgaße und Ruß. Die meisten
Pflanzen, vorzüglich aber alle vorerwähnten Gemüße, Salat,
Bohnen, Erbsen, sind nämlich alljährlich mit dem Ruß
keine Solzgaße angestrichen. Im Blick die Solzgaße
angestrichen, so ist sie zugleich auch ein vortreffliches Mittel,
die Pflanzen vor den Erdwürmern, Schnecken und anderen
Schädlingen zu schützen. Für Weinstöcke gibt es kaum ein
besseres Dängemittel, und bestreut man im Herbst den Boden
und die Büschele von jungen Obsthäumen stark mit Solz-
gaße, so wird man die glänzigen Wirsungen in den fol-
genden Jahren in auffälliger Weise wahrnehmen. Man
sammele daher die Solzgaße sorgfältig und bewahre sie
trotzdem zum Gebrauch auf. — Der Ruß ist ebenfalls ein
vortreffliches Dängemittel im Garten und auch, mit Vor-
sicht angewandt, für viele unserer Topfpflanzchen. Er be-
fordert das Wachstum, gibt den Pflanzen neue Triebkraft,
verleiht der Blättergrün und hat viel Einfluß auf die
Blütezeit der Blüten. Das Blattwerk der Rose wird, wenn
man dieselbe mit Ruß dängt, viel Aplerter und von dunklerem
Grün. Zum Begießen der Topfpflanzen wird der Ruß
vorin in heißem Wasser aufgelöst und dann von dieser
Lösung eine nicht zu große Menge dem gewöhnlich zum
Gießen verwendeten Wasser beigegeben. Man darf aber die
Topfpflanzchen nur dann mit Ruß düngen, wenn sie sich
im vollen Wachsthum befinden. Zur Ruhezeit der Pflanze
würde er ihr schaden.

— Vor 50 Jahren. In diese Tage fällt der 50jährige Rückblick auf die Einleitung zum Nationalkrieg 1870. Der preussische Ministerpräsident Bismarck verhandelte mit dem Prinzen Leopold von Hohenzollern wegen der Uebernahme der spanischen Krone. Obwohl der Prinz davon Abstand machte, machte Napoleon doch im Juli 1870 diese Angelegenheit zum Vorwand für die Kriegserklärung an Preußen.

— Die Anstalten auf Vermehrung der Zunderproduktion sind leider nicht gut. Bei den hohen Preisen, die der Landtriebfräse für Kartoffeln garantiert und die auf anderen Produkten ungleich zu ergiebig sind, ist die Neigung zu einer erheblichen Verdrängung des Anbaues von Zunderriesen, obwohl auch dafür die Preise gesteigert sind und auch noch eine besondere Zunderprämie zugesichert ist, nicht so groß, wie erwartet worden war. Man sollte fragen, ob nicht Kapitalfräse Unternehmer den Schnellbau in eigene Sand nehmen könnten. Wer schnell handelt, verdient doppelt.

— Ein Dienenvater zum Ehren doktor ernannt. Die philosophische Fakultät der Universität Jena ernannte den Dienenvater Warer zur Beförderung in Eisenach wegen seiner großen Verdienste um die Erforschung des Lebens der Bienen zum Ehren doktor.

— Eine neue Forcherepedition nach Mexiko. Der Forcher Knud Magnusen wird im Frühjahr 1921 mit Peter Freuchen eine neue auf 4 Jahre gedachte Expedition nach der nordamerikanischen Arktisland zur Erforschung der Lebensweisen der amerikanischen Eskimos unternehmen. Die neue Expedition wird ihren Ausgang von Thule nehmen.

— **Teureadden!** Die Gemeinde Neutrafen in der Gausig hat eine Jagdflur von circa 1400 Ader, die sie seit 18 Jahren einem Dresdener Pächter für rund 2000 Mark jährlich verpachtet. Nun war die Pachtperiode wieder mal abgelaufen und es war zu erwarten, daß die „neuen Herren“ mit erheblichen Mehraufgaben antreten würden, um „standesgemäßen“ Sport zu treiben. Ein Zuschabrant bot 15 000 Mark jährlich und als besondere Zugabe jedem der etwa 40 Bauern Stoff zu einem neuen Anzuge. Das war bei der jetzigen Tuchpreisen gewiß sehr erlösend, aber — es wurde ausgeschlagen! Es war nämlich, wie die „Dresdn. Rundsch.“ berichtet, noch ein anderer Bieter da, der bedeutend mehr anlegte: der Besitzer eines Dresdener Majestätus! Der bot 22 000 Mark pro Jahr und außerdem (abgesehen von 3500 Mk. Steuern) eine Anzahl anderer Vergünstigungen, darunter zwei Välle jährlich für die Jagdenoffenschaft und ein neues Kriegerdenkmal! — (Wenn die Menschen verdammt werden!...)

— Eine Familie veräirleht. In Alenburg
hat sich, wie geschrieben wird, in der Familie
des Landgerichtssekretärs Dyker ein Ver-
giftungsfall ereignet. Die Familie sah zu Mittags
nach Frau Dyker zubereitete Gerichten mit
Marmelade. Bald nach dem Genuß der Speise
stellten sich bei der Hausfrau, deren Schwester
und den beiden Söhnen Dykers schwere Ver-
giftungssymptome ein. Versäufte Säfte kam
die Schwester der Frau und den ältesten
Dyker, einem Sechsbanner, zu spät. Beide er-
lagen unter furchtbaren Schmerzen der Ver-
giftung. Frau Dyker und der jüngere Sohn
geben in Lebensgefahr; erstere ist dem Tode
nahe. Landgerichtssekretär Dyker stellt um Harz
Erholung. Dyker ist die eigentliche Ursache
der Vergiftung nicht festgestellt, doch wird an-
genommen, daß die Marmelade den Giftkeim
in sich hatte.

— Seine Kasse wackelt. Auf dem Postamt hat er seine Briefe abgeben lassen und hat sich ein paar Tage in der Provinz auf dem Lande aufgehalten. Er ist nun wieder in der Hauptstadt angekommen und hat sich in der Stadt auf einen kleinen Hotel besetzt. Er hat sich in der Stadt auf einen kleinen Hotel besetzt. Er hat sich in der Stadt auf einen kleinen Hotel besetzt.

kleine Steine, Schottersteine, wie solche an
Bachbänken zu finden sind. Von den and
Regeln erweisen sich fünf als befechtigt und
nur drei waren unversehrt. Der Brief ist
auf zerstoßenes auf der Post zerbrochen und
verloren worden. Die Ermittlungen der Krim
inalpolizei sind soort in die Wege geleit
worden. Sie geht augenblicklich einer bestimm
ten Spur nach, die bald Aufklärung bringen
dürfte.

— Die Preis-Festsetzung in Frankreich be-
trifft auch die Viehpreise aus. Die Fleisch-
preise sind um $\frac{1}{2}$ bis 1 Franc pro Kilo-
gefunken. Ebenso sind Gemüse und
Früchte bedeutend billiger geworden.

— Eine lugurid'sche Erholungsreise ganz unkonst machte kürzlich dank der Baluta ein junger Amerikaner, von dem „Daily Express“ berichtet. Der junge Mann hatte Anfang dieses Jahres 10 000 Dollar geerbt und beschloß, mit d'iem Gelde sich einmal Europa anzusehen. Nachdem er sich längere Zeit in England und Frankreich aufgehalten hatte, fuhr er nach Deutschland. Von seinem Gelde hatte er nur noch, nachdem er in Frankreich und England sehr gut gelebt hatte, 6000 Dollar. Dafür erhielt er in Berlin 600 000 Mark. Er lebte nun in Berlin einige Wochen sehr bewundernd und gab täglich durchschnittlich 500 Mark aus. Zu Ostern beschloß er, wieder nach Hause zu reisen, er hatte in den paar Wochen in Berlin 40 000 Mark verbraucht. Zunächst war aber die deutsche Baluta wieder überaus gesegnet, und als der höchst angenehme übermüdete junge Mann seine 500 000 Mark wieder einwechselte, erhielt er 10 000 Dollar dafür zurück! Er kam also mit ebensoviel Geld nach Hause zurück, als er mitgenommen hatte. Die ganze Reise hat ihm nicht einen Cent gekostet, obwohl er von seinem Gelde 4000 Dollar und 40 000 Mark auszugeben hatte.

— Beim Ringieren eines Manbanalles
beinahe erstickt in eine junge Schneiderin aus
der Mittelschenerstraße in Berlin. Auf sie
war angefallen ein Manbanfall unternehmen
worden, der jetzt eine merkwürdige Auffklärung
gefunden hat. Der ganze Ueberfall war näm-
lich fingiert; er sollte nur dazu dienen, das
Mißthorhandeln mit Vermögensgütern, die
dem Bräutigam vorgetäuscht worden waren,
zu erklären. Die Schneiderin zerwühlte
Schränke und Stühle ihrer Wohnung, warf
ein paar Kleidungsstücke auf die Treppe, da-
mit es aussehe, als hätten die Räuber
etwas dort verloren, und ging dann in die Woh-
nung zurück, wo sie sich einen Flortrumpf
als Snebel in den Mund steckte und dann
mit einem Tuch die Hände auf dem Rücken zu-
sammenband. Sie hatte sich aber den Snebel
zu tief in den Hals gesteckt und bekam keine
Luft. Als sie die Hände lösen wollte, zogen
sich die Schlingen immer mehr zusammen, und
schließlich verlor sie aus Mangel an Luft-
zuhr sogar das Bewußtsein. Es war also ein
Blind-, daß Hausbewohner in die Wohnung
kamen und einen Arzt holten, der den Snebel
entfernte und Wiederbelebungsversuche mit Er-
folg vornahm. Sie wäre sonst ohne Zweifel
erstickt.

— Gefährliches Wasser statt Cognac. Ein
Nieselnwindel wurde von der Söblicher Krimis-
Anstalt aufgedeckt. Ein Kaufmann Seibert
untersucht am Sechshüfteplatz ein großes Lager
von seinem französischen Cognac, für dessen
Verkauf er von einem Münchener Baron auf
den Becka Preis von rund einer halben Milli-
on Mark bereits eine ansehnliche Anzahlungs-
summe erhalten hatte. Da Seibert jedoch den
Bolszej verdächtig erschien, wurde eine Durch-
suchung des Lagers vorgenommen und dabei
festgestellt, daß die in ihm verwahrten 6000
Flaschen nur gefärbtes Wasser enthielten.

— Waldbrände in Canada. Wie die Times aus Toronto meldet, sind infolge anhaltender Trockenheit in Süd-Ost-Canada verheerende Waldbrände ausgebrochen, die in Neu-Schottland und in Neu-Braunswick bereits einen Schaden von über 2 Millionen Dollar angerichtet haben.

— Eine Tanzmaschine ist das Neueste auf dem Gebiete des Amüsements, die zugleich zeigt, auf welche Gegenstände sich das Genie der Erfindung werfen muß, um zu verdienen. Die Tanzmaschine ist eine Scheibe, die sich schneller und immer schneller dreht, und die tanzenden Paare werden von ihr mitgeführt. Der Trick aber ist der, daß Tänzer und Tänzerin, sobald die Richtung der Bewegung der Scheibe vertehrt oder sich umdrehen, gegen die gepörschte Entzweiung der Tanzmaschine fliegen, was natürlich die unendliche Freude der Zuschauer erzeugt. Die Erfindung erinnert an das gerade nicht so sehr empfindlichwarte Vergnügen der Kinder, die sich schneller und immer schneller auf dem Waage um sich selbst zu drehen. Sobald sie sich dabei umdrehen wollen, liegen sie auf der Erde.

Stützstütze aus dem Deutschen Fußballbund.
Die Geschichte des Deutschen Fußballbundes ist in geistlichen Steigerungen der Mitgliederzahlen geprägt. Die die nach dem Kriege vorgenommenen Mitgliederzahlen hat er selbst die Mühen des Voranschlusses weitest überlassen. Im 189/294 Mitglieder am 1. Januar 1914 liegt die Mitgliederzahl des Deutschen Fußballbundes am 1. Januar 1920 auf 467.962, das ist eine Ausnahme von fast 1500/00. Der Süddeutsche Fußballverband allein besitzt heute fast die gleiche Mitgliederzahl wie der gesamte Deutsche Fußballbund. Im Jahre 1914. Die Mitgliederzahlen des Bundes in den Jahren 1908 und 1909 sind heute selbst von mittleren Verbänden weit übertraffen. Für die Spitze steht noch der Süddeutsche Fußballverband mit 386 Vereinen und 161.003 Mitgliedern, es folgt der Westdeutsche Spielverband mit 912 Vereinen und 137.074 Mitgliedern. Der Süddeutsche Fußballverband und der Verband Mitteldeutscher Fußballvereine haben fast die gleiche Mitgliederzahl, dieser ein erhebliches Mehr an Vereinen; der Norddeutsche Fußballverband umfaßt 303 Vereine und 59.577 Mitglieder, der Verband Mitteldeutscher Fußballvereine 481 Vereine und 59.256 Mitglieder, der Verband Brandenburgischer Fußballvereine zählt 185 Vereine und 27.180 Mitglieder. Die beiden kleinen Landesverbände haben die Posen eingenommen: Der Westfälische und Winterpolen-Verband mit 129 Vereinen und 12.553 Mitgliedern vor dem Südbayerischen Fußballverband mit 91 Vereinen und 20.000 Mitgliedern. Die an Polen abgetretenen Gebiete liegen bei dem Südbayerischen Fußballverband eine erhebliche Rolle. Diese Mitgliederzahlen, die denen zu beachten, daß in ihnen die Jugendlichen bis zu 17 Jahren nicht enthalten sind, sind nur der Anfang einer weiteren stetigen Vordrängung des deutschen Fußballsports. Aus den Landesverbänden kommen Meldungen von zahlreichen Vereinen, so daß jetzt schon die Mitgliederzahl des Bundes die halbe Million längst überschritten hat und schon

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 14. Juni. (Verschiedenes.) Auf Grund der im Reichsgesetzblatt Seite 891 veröffentlichten Verordnung vom 4. Mai 1920 über die Festsetzung von Vergütungen für Ablieferung von Tierkörpern an Abfederer können die Landesbehörden auch in den Fällen, wo bisher die Festsetzung von Vergütungen durch die Verwaltungsbehörde nicht möglich war, die Entschädigungen der Tierkörper für die Abfederer der Kadaver an die Abfederer regeln. Den privilegierten Abfederern kann die Verpflichtung zur Zahlung angemessener Vergütungen, und zwar für sämtliche der Abfederungsabfälle unterliegenden Tiere und Tierkörper auferlegt werden. Der Preussische Landwirtschaftsminister hat demgemäß die Regierungspräsidenten angewiesen.

Polnische Agenten zum Stimmengang im Industriegebiet.

(W) Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet reisen gegenwärtig polnische Agenten herum, die bei den im Bezirk wohnenden zahlreichen Oberschlesiern, West- und Ostpreußen durch Versprechungen, Geld- und Warenangebote Stimmen für Polen bei den Volksabstimmungen zu kaufen suchen. Sie arbeiten mit allen nur denkbaren Mitteln und versprechen gute Posten in den neu erworbenen Gebieten. Waren- und Geldangebote spielen eine wichtige Rolle dabei. So wurden von ostpreussischen Arbeitern in einer Bochumer Maschinenfabrik Anzugstoffe im Werte von 800 Mark sowie 600 bis 800 Mark für die Anfertigung beim Schneider angeboten, wenn sie sich verpflichteten, bei der Abstimmung für Polen zu stimmen. Wieder anderen wurden 1000 Mark in bar angeboten. Es kann nicht dringlich genug vor diesen unlauteren Machenschaften der Polen gewarnt werden. Man wird gut tun, diese Agenten, die sich in diesem Sinne betätigen, kurzerhand bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.

(Der Ausnahmezustand aufgehoben.) Laut Verfügung des Reichspräsidenten ist der Ausnahmezustand über das Ruhrgebiet aufgehoben worden.

Die Wahlen zu den Elternbeiräten der verschiedenen Schulsysteme fanden am gestrigen Sonntag statt. Außer für die Stadt, höhere Mädchenschule, wo nur eine in unregelmäßiger Nummer veröffentlichte Liste eingereicht und gewählt wurde, waren an den Volksschulen eine Liste von Anhängern der religiösen Schule und eine solche von Anhängern der gegnerischen Schule eingereicht worden. Beide Gruppen hatten die Wähler gut vorbereitet und in ihren Kreisen eifrig geworben, so daß die Wahlbeteiligung eine gute war. Die Schöpfer versuchten in den letzten Wahlstunden die Säumigen an die Urne zu bringen, meistens mit, oft auch ohne Erfolg. An allen Schulen wurde überlegen die christliche Kandidatenliste gewählt. Voran war die katholische Parteischule, wo 12 christliche Kandidaten und ein Gegner durchgebracht wurden. An der Wilhelmsschule war das Verhältnis 10:4 und an der Auguste Viktoria-Schule 8:5. Bei der Wilhelmsschule fehlten — wie uns berichtet wird — der christlichen Liste nur fünf Stimmen, um den ersten Kandidaten durchzubringen. Von den Schulleitern müssen jetzt die gewählten Elternbeiratsmitglieder innerhalb acht Tagen zu der ersten Versammlung geladen werden, in welcher der Vorstand usw. gewählt wird.

(Städtisches Altersheim.) Auf die Bekanntmachung des hiesigen städtischen Wohlfahrtsausschusses betreffend freiwillige Abgabe von Ausstattungsgegenständen, sowie Sammlungen aller Art für das einrichtende Altersheim erlauben wir uns nochmals hinzuweisen. Da es sich um alte bedürftige Leute handelt, die zum größten Teil ihr ganzes Leben in unserer Stadt zugebracht haben, und denen die Möbel pp. zugute kommen sollen, wird es jedem ein Herzensbedürfnis sein, sich an der Ausstattung des Altersheims nach Kräften zu beteiligen. Fast auf allen Hausböden werden sich bei näherem Suchen geeignete Stücke befinden, mit denen die unterzubringenden alten Leute erfreut werden können. Der städtische Wohlfahrtsausschuß wird nach erfolgter entsprechender Benachrichtigung die zu überweisenden Stücke abholen lassen. Wir richten daher an die Bürgerschaft ebenfalls die Bitte, sich an der Sammlung, die Angehörigen aller Konfessionen zugute kommen soll, fleißig zu beteiligen.

Eine freundliche Mitteilung wird allen Hausfrauen durch die Bekanntmachung des Kreis-Ausschusses, wonach vom 15. Juni ab der Großbrotpreis auf 7 Mark für 6 Pfund und auf 3,50 Mark für ein 3-Pfund-Brot herabgesetzt wird. Früher gebot das Brot zu dem billigen Ernährungsmitte. Durch die gewaltige Steigerung des Preises und bei der Verschlechterung der Qualität und damit des Nährwertes rückt es in die Klasse der Lebensmittel, so daß manche Hausfrau nicht in der Lage war, das zutreffende Brot zu erwerben. Zu hoffen wäre, daß diesem Preisabschlag bald weitere und gründlichere folgen werden.

(W) Dortmund, 12. Juni. (Schulstreik.) Weil die Kreisschule mit grüner Polizei besetzt werden soll, beschloßen die Eltern der Kinder aus der Kreisschule, am Montag, den 14. Juni, in den Schulstreik zu treten und so lange zu streiken, bis die Schule wieder freigegeben ist. Andere Schulen sollen zum Schlußstreik aufgefordert werden. Die Abstimmung in der Elternversammlung wurde durch Stimmzettel vorgenommen, bei der 341 für den Streik und 44 dagegen lauteten.

Hörs, 14. Juni. (Ein Kind überfahren und getötet.) Am 11. dieses Monats gegen 12 Uhr mittags wurde das Kind Gertrud Ossowski, 3 Jahre alt, hier, Steinstraße 4 wohnhaft, von der Straßenbahn in der Hermannstraße überfahren und getötet. Das Kind hatte sich mit noch anderen halbwüchsigen Kindern an einen Kohlenwagen geklammert und ließ sich eine Zeitlang von ihm mitziehen. Die Straßenbahn, die von Rückwärts kommend, an dem Wagen vorbeifahren wollte, gab versehentlich Klingelzeichen, so daß der Kohlenwagen von dem Schienenstrang fuhr. In selben Augenblick, als die Bahn in ganz langsamem Tempo an dem Kohlenwagen vorbeifahren wollte, ließ das oben genannte Kind den Wagen los und ließ direkt vor die elektrische Bahn. Der Führer, der sofort mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfte, konnte das Unglück nicht mehr verhindern, das Kind geriet unter den Wagen. Es wurden ihm beide Beine abgefahren und der Kopf durch den Schienenraum gequetscht, so daß der Tod sofort eintrat. Dieser Unfall beweist wieder, wie notwendig es ist, die Kinder dauernd, obwohl durch Lehrer wie Eltern, auf das Gefährliche der Unfälle, sich an fahrende Wagen zu hängen, hinzuweisen.

Der Streik auf der Rheinhauser Friedrich-Alfred-Hütte beendet.

Essen, 12. Juni. Der Streik auf der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen ist, wie gemeldet wird, beendet worden. Dienstag fand eine Abstimmung der Arbeiterschaft statt über die Frage der Fortsetzung oder Beendigung des Ausstandes, bei der sich eine sehr große Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit ergab. Gegenwärtig werden Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat darüber geführt, in welchem Umfang der Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen kann. Der Streik wird zunächst nur in beschränktem Maße wieder aufgenommen werden, weil infolge der Verletzung der Arbeitsbedingungen durch die Streikenden und durch die Einstellung der Strom- und Wasserversorgung das ganze Werk nur allmählich wieder in Betrieb genommen werden kann. Durch die Einstellung der Arbeitskräfte sind auf dem Werk erhebliche Schäden entstanden, deren Umfang aber erst in den nächsten Tagen festgestellt werden kann. Die Meldung über schwere Ausschreitungen der Streikenden sind nicht zutreffend, es ist wohl zu erregten Szenen und unbedeutenden Zusammenstößen gekommen. Erste Beschädigungen, insbesondere Fälle von Sabotage von Werkseinrichtungen haben sich nicht ereignet. Der Ausstand war vom Raune getragen worden. Die Arbeiter wollten durch Demonstrationen vor dem Verwaltungsgebäude die Forderung von Lohnforderungen erzwingen, ohne das irgendwelche Anträge oder Verhandlungen durch den Betriebsrat vorhergegangen waren. Die Verwaltung stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß sie jederzeit bereit sei, über Lohnforderungen mit dem Betriebsrat zu verhandeln, wenn diese Forderungen auf gegenseitigem Wege durch den Betriebsrat vorgebracht werden, und die Arbeit wieder aufgenommen würde. Die Mehrheit der Arbeiter hat dem auch, wie das Ergebnis zeigt, das Unüberlegte und Ungeheuerliche ihres Vorgehens eingesehen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit soll zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat über die Lohnforderungen verhandelt werden.

Zu dem Streik auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen wird noch gemeldet, daß die Arbeiter einen Einheitslohn von 8,60 Mark für die Stunde verlangen, ganz gleich, ob es sich um Gelegenheitsarbeiter oder verantwortungsvolle Leiter handelt. Die Besetzungsbeförderung hat gegen die Forderung die Einstellung des Werkes, die sie ebenfalls des Abbaus und Waffens beraubt, scharfen Einspruch eingelegt und verlangt Kamhaftmachung der Arbeitsführer. Die radikalen Drahtzieher halten sich jedoch im Hintergrund, während der Wohlfahrtsausschuß sich alle erdenkliche Mühe gibt, die Arbeiter zu beruhigen.

Der Reichswirtschaftsrat zum 30. Juni einberufen.

(TU) Berlin, 12. Juni. Wie die Vossische Zeitung berichtet, ist die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zum 30. Juni beschlossen. Die Vollsitzungen finden im Hermann-Haus statt.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Eisenbahnbeamten.

(TU) Berlin, 12. Juni. Eine Versammlung von Vertretern aller Beamtengruppen der Reichseisenbahnen hat die Gründung einer einheitlichen deutschen Eisenbahnbeamten- und Angestelltenvereins beschlossen. Die neue Gewerkschaft umfaßt rund 200.000 Mitglieder, ist parteipolitisch neutral und steht auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts.

14 Marburger zeitfreiwillige Studenten unter Anklage wegen Totschlages.

(TU) Berlin, 12. Juni. Die Kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die 14 Marburger zeitfreiwilligen Studenten, gegen die aus Anlaß der Ermordung von 15 Bürgern aus Thale während der Märzunruhen in Thüringen Anklage wegen Totschlages erhoben worden ist, findet am 16. bis 18. Juni statt. Für den 17. Juni ist ein Vortermin in Thüringen angesetzt.

Schwere Dynamitexplosion Auf der Grube Ungaria des der Staatseisenbahngesellschaft gehörenden Bergwerks Unta ist das Dynamitdepot der Grube aus unbekannter Ursache gerade in dem Augenblick in die Luft geflogen, als die Arbeiter den Schacht verlassen wollten. Bisher wurden 173 Leichen geborgen. Außerdem wurden 36 Bergleute mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht. 20 Bergleute werden noch vermist.

Wetterbericht.

15. Juni: kaum verändert.
16. Juni: heiter, tags warm, nachts kühl.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme
sagen wir auf diesem Wege unsern
herzlichen Dank.
Kamen, im Juni 1920. 2346
Frau Clara Friedrich geb. Mönninghoff
Clara Friedrich.

Von der Reise zurück!
Sanitätsrat Dr. Richter,
Augenarzt,
Hamm (Westf.), Bismarckstr. 38, Fernruf 115.
2349
Prima Wagenfett
Maschinenöl (hell, Friedens-)
empfiehlt
F. Wegmann,
Kamen. Ostenmayer 5.

Bekanntmachung.
Die städtischen Körperchaften haben die Umwandlung des hiesigen Armenhauses in ein zeitgemäßes
städtisches Altersheim
beschlossen.
Belegungsfähigkeit: etwa 12 bis 15 Betten.
Um den unterzubringenden allen hilfsbedürftigen Leuten wohlthätige, gemüthliche Stuben bieten zu können, müssen die Räume mit Möbeln pp. ausgestattet werden.
In Anbetracht des guten Zweckes richten wir an die Bürgerschaft die herzlichste Bitte, überzählige und belästigte gestohlene alte Möbel, wie Tische, Stühle, Schränke, Bettgestelle, Kleiderkasten, Geschirre, Hausgeräte, Gartenmöbel u. a. m. uns zur Verfügung stellen zu wollen.
Auf diesen Hausböden werden sich noch brauchbare oder instandsetzungsfähige, für vorangeführte Zwecke geeignete Stücke befinden. Ebenso sind wir für Sammlungen aller Art innerhalb von Körperchaften, Vereinen, Innungen, Klubs, gesellschaftliche Vereinigungen pp. dankbar. Mündliche oder schriftliche Zusicherungen, bezw. solche mittels Fernsprecher Nr. 67, 68, 69, werden im Rathaus, Zimmer 14, während der Dienststunden gerne entgegengenommen.
Kamen, den 10. Juni 1920.

Der Wohlfahrtsausschuß:
Dr. Wiesner, Weidkamp, Dr. Rutter, Pfarrer
Philipp, Parrer Gerke, Bornheim, Brinkmann, Falkner, Frau Gieseler, Jürgens, Sandwehr, Frau Medes, Morf, Frau Neumann, Scharfberg. 2318
Bekanntmachung.
Für den mit dem 31. d. M. ausstehenden Kreis-Ausschuß vom 1. Juni d. J. ab den Mörtel- und Mörtelrevisor Richard Schlieke angestellt. Schlieke ist berechtigt, bei sämtlichen Mörtelrevisoren, Futtermeisterstellen und Aufsehern des Landeises Hamm Revisionen vorzunehmen.
Hamm (Westf.) den 31. Mai 1920.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
Hamm-Land: Schulze-Beikum.
Bekanntmachung
Nach der Festsetzung des beamteten Tierarztes ist unter den Schweinebeständen der Vergleute Ehrlich, Almenplatz, Johann Döyle, Almenplatz, Karlshofweg, Klosterstraße, und H. Bäumer, Westmayer, die Notkauten ausgebrochen, was herdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. 2341
Kamen, den 11. Juni 1920.
Die Polizeiverwaltung, J. W. Sieglert.

Anordnung.
Die mit meiner Bekanntmachung vom 12. Mai 1920 im amtlichen Kreisblatt bekanntgegebene Preisliste für Großbrot werden hiermit aufgehoben, an ihre Stelle treten die mit meiner Bekanntmachung vom 29. April 1920 festgesetzten Preislisten und zwar:
für 1 Großbrot mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfund 7,00 Mark,
für 1 Großbrot mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfund 3,50 Mark.
Diese Anordnung tritt mit dem 15. Juni 1920 in Kraft.
Hamm, den 9. Juni 1920.
Der Kreis-Ausschuß des Landkreises Hamm i. W.
Der Vorsitzende: Schulze-Beikum.

Bekanntmachung.
Nach der Festsetzung des beamteten Tierarztes ist unter den Schweinebeständen der Vergleute Ehrlich, Almenplatz, Johann Döyle, Almenplatz, Karlshofweg, Klosterstraße, und H. Bäumer, Westmayer, die Notkauten ausgebrochen, was herdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. 2341
Kamen, den 11. Juni 1920.
Die Polizeiverwaltung, J. W. Sieglert.

Vertreter gesucht
zum Verkauf eines hervorragenden Mittels, der in jeder Fabrik gebraucht wird. Besonders geeignet für Kauf- und technische Angelegenheiten. Sehr guter Nebenverdienst. Branchenkenntnisse nicht nötig. p2339
Melbungen sind zu richten unter „Industrie“ an die Annoncen-Expedition von C. Marowski, Minden.
Sofort ein tüchtiges, braves 2326

Grasverkauf
Rottum.
Sonntag, d. 19. Juni, abends 6 Uhr, verkaufe ich den
sehr guten Graswuchs
in meinen beiden Wiesen in der Nähe des Hofes nummerweise in 1/2 Morgen. 2343
C. Mast.

Grasverkauf
Heil.
Montag, d. 21. d. M., nachm. 5 Uhr, läßt Frau Gutsbeckerin Schulze-Heil in der vordersten Lippeweide westlich des Hofes 35
Morgen sehr gutes Gras öffentlich nummerweise geg. Zahlungsfrist verkaufen. 12318
Heil. Brüggemann, Auktionator.
Photo-Apparat
13x18 mit Doppel-Apfeiler zu kaufen gesucht. Zu erst. in der Geschäftsstelle d. R. Zeit. 2332
Gehrock
zu verkaufen. a2342
Kaiser-Courl, Springorumstraße 17.

Trauer-Briefe
und andere Trauer-Drucksachen
werden sofort nach Bestellung angefertigt.
Kamener Zeitung G. m. b. H.
Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerel: Unnaer Straße 163.

Anordnung.
Auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 und der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 1. Juni 1920, § 4a Nr. 1221 tritt für den Bezirk des Amtes Hamm des Landkreises Hamm folgende Verordnung in Kraft:
§ 1.
Alle Hausbesitzer bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder festgestellt, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Unterzeichneten — Wohnungsnachweis — anzugeben.
§ 2.
Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügbare über die Wohnräume vorstehend bezeichneten Art erst verfügen, nachdem der Unterzeichnete erklärt hat, daß er einen Wohnungsnachweis gemäß § 4 der Wohnungsmangelbekanntmachung für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will, oder eine Wohnungsvermittlung verlangt hat, ohne daß der Unterzeichnete sich erklärt hat. Dieser Vorbehalt rücker abgegebene Mietverträge sind rechtsungültig.
§ 3.
Vermieter, die dieser Vorschrift zuwider handeln, unterliegen den im § 10 der Wohnungsmangelverordnung festgesetzten Strafen.
Hamm, den 10. Juni 1920. 2340
Der f. Amtmann: gez. Friedrich.

Vertreter gesucht
zum Verkauf eines hervorragenden Mittels, der in jeder Fabrik gebraucht wird. Besonders geeignet für Kauf- und technische Angelegenheiten. Sehr guter Nebenverdienst. Branchenkenntnisse nicht nötig. p2339
Melbungen sind zu richten unter „Industrie“ an die Annoncen-Expedition von C. Marowski, Minden.
Sofort ein tüchtiges, braves 2326

Grasverkauf
Rottum.
Sonntag, d. 19. Juni, abends 6 Uhr, verkaufe ich den
sehr guten Graswuchs
in meinen beiden Wiesen in der Nähe des Hofes nummerweise in 1/2 Morgen. 2343
C. Mast.

Grasverkauf
Heil.
Montag, d. 21. d. M., nachm. 5 Uhr, läßt Frau Gutsbeckerin Schulze-Heil in der vordersten Lippeweide westlich des Hofes 35
Morgen sehr gutes Gras öffentlich nummerweise geg. Zahlungsfrist verkaufen. 12318
Heil. Brüggemann, Auktionator.
Photo-Apparat
13x18 mit Doppel-Apfeiler zu kaufen gesucht. Zu erst. in der Geschäftsstelle d. R. Zeit. 2332
Gehrock
zu verkaufen. a2342
Kaiser-Courl, Springorumstraße 17.

Trauer-Briefe
und andere Trauer-Drucksachen
werden sofort nach Bestellung angefertigt.
Kamener Zeitung G. m. b. H.
Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerel: Unnaer Straße 163.

Anordnung.
Auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 und der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Arnsberg vom 1. Juni 1920, § 4a Nr. 1221 tritt für den Bezirk des Amtes Hamm des Landkreises Hamm folgende Verordnung in Kraft:
§ 1.
Alle Hausbesitzer bezw. ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt ist oder festgestellt, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen wird, dem Unterzeichneten — Wohnungsnachweis — anzugeben.
§ 2.
Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügbare über die Wohnräume vorstehend bezeichneten Art erst verfügen, nachdem der Unterzeichnete erklärt hat, daß er einen Wohnungsnachweis gemäß § 4 der Wohnungsmangelbekanntmachung für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will, oder eine Wohnungsvermittlung verlangt hat, ohne daß der Unterzeichnete sich erklärt hat. Dieser Vorbehalt rücker abgegebene Mietverträge sind rechtsungültig.
§ 3.
Vermieter, die dieser Vorschrift zuwider handeln, unterliegen den im § 10 der Wohnungsmangelverordnung festgesetzten Strafen.
Hamm, den 10. Juni 1920. 2340
Der f. Amtmann: gez. Friedrich.